

Glückauf in die Zukunft – Vision 2030



Eine Zwischenbilanz des Projektes des
Kreises Recklinghausen im Rahmen des BMBF-Programms
„Zukunftsstadt“ – Bausteine einer Vision 2030

Eine Initiative des Bundesministeriums
für Bildung und Forschung

Wissenschaftsjahr 2015

Zukunftsstadt



**KREIS
RECKLINGHAUSEN**

DER VESTISCHE KREIS

Impressum

Herausgeber:

Kreis Recklinghausen

Der Landrat

Projektleitung:

Dr. Richard Schröder, Fachbereichsleiter „Gesundheit, Bildung und Erziehung“

Redaktion:

Dr. Hans Uske, Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP) e.V. an der Universität Duisburg-Essen (Wissenschaftliche Begleitung)

Dr. Richard Schröder, Fachbereichsleiter „Gesundheit, Bildung und Erziehung“

Marit Rullmann, Fachdienst Bildung

Sabine Fischer, Fachdienst Seniorenangelegenheiten und Kommunales Integrationszentrum

Peter Haumann, Fachdienst Kreisentwicklung und Wirtschaft

Patrick Hundt, Fachdienst Markt und Integration im Jobcenter des Kreises

Grafische Gestaltung und Titelblatt:

Ulrich Kupke

Anja Lohkämper

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Wettbewerbs „Zukunftsstadt“

Kreis Recklinghausen, Juni 2016

Inhaltsverzeichnis

1. In die Zukunft schauen: Negative und positive Szenarien für den Kreis Recklinghausen	4
2. Auf dem Weg zu einer realistischen positiven Vision 2030 für den Kreis Recklinghausen	5
<i>2.1 Bildung 2030 – Bildungschancen für alle</i>	6
<i>2.2 Arbeit und Wirtschaft 2030 – Digitalisierung als Chance</i>	15
<i>2.3 Soziale Sicherheit 2030 – Die De-Normalisierung der Armut</i>	18
<i>2.4 Altenpflege 2030 – Quartiersnahe innovative Pflegekonzepte</i>	20
3. Fazit	27
4. Anhang Presseauswahl	29

Glückauf in die Zukunft – Vision 2030

Eine Zwischenbilanz des Projektes des Kreises Recklinghausen im Rahmen des BMBF-Programms „Zukunftsstadt“ – Bausteine einer Vision 2030

1. In die Zukunft schauen: Negative und positive Szenarien für den Kreis Recklinghausen

Im Programm „Zukunftsstadt“ geht es um Visionen. Und letztlich ums „Gesamtbild“. So jedenfalls formulierte es der Antrag des Kreises Recklinghausen: *„Ziel des Projektes ist es, ein positives Gesamt-Zukunftsbild des Kreises Recklinghausen zu präsentieren, das von Bürgerinnen und Bürgern des Kreises Recklinghausen mit entwickelt und in der Bürgerschaft verankert werden soll.“*

Plakativ wurde dieses Ziel im Frühjahr 2015 visualisiert:

Entwicklung einer kommunalen Vision 2030 +



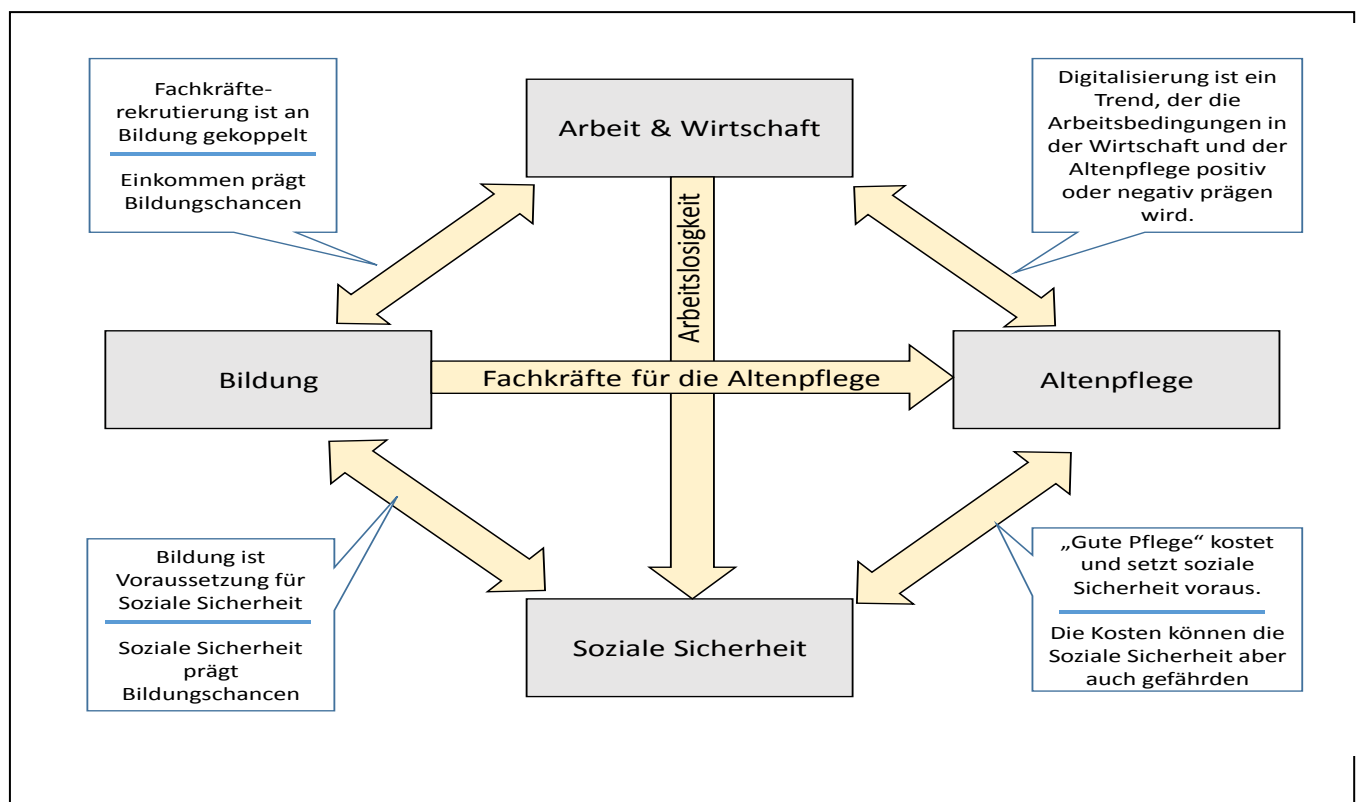
Die folgende Zwischenbilanz umreißt den Stand der Diskussionen, die seitdem im Rahmen des Projektes und darüber hinaus geführt wurden, in Gesprächen, Arbeitskreisen, Workshops. In diesen Diskussionsrunden konnten wir wichtige Elemente identifizieren und präzisieren, aus denen die positive Vision der Zukunft des Kreises Recklinghausen aufgebaut werden kann. Wir können nun die Wünsche für die zukünftige Entwicklung der Region genauer formulieren und die möglichen Wege dorthin präziser beschreiben. Zunächst die Wünsche für die Zukunft:

- Die Region ist im Zuge der Digitalisierung zu einer attraktiven Region für Fachkräfte geworden.
- Im Kreis Recklinghausen gibt es Bildung und Chancen für alle. Eine Willkommenskultur für Neuzugewanderte hat sich etabliert.
- Die Soziale Sicherheit ist gewährleistet.
- Statt „Pflegenotstand“ gibt es „gute Pflege“ in einer „Gesundheitsregion“.

Im Verlauf der Diskussionen wurde aber deutlich, welche Hürden dabei zu nehmen sind – und dass zu den bereits bekannten Hürden auch neue hinzugekommen sind. Diese Zukunftsvision kann man daher als „Positiv-Szenario“ einer möglichen Entwicklung ansehen, bei der aber ein „Negativ-Szenario“ als Drohkulisse immer mitgedacht wird.

- Gute Bildung für alle ist ja nur deshalb ein Ziel, weil sie aktuell noch nicht in ausreichendem Maße existiert und weil es starke Hindernisse und Entwicklungen gibt, die in eine andere Richtung weisen.
- Von dem Bild einer „attraktiven Region für Fachkräfte“ ist die Region noch weit entfernt. Die Digitalisierung der Wirtschaft könnte den negativen Trend des Wegzugs von Fachkräften noch bestärken, gerade weil Digitalisierung vor allem in anderen Regionen stattfindet.
- Wenn nichts geschieht, drohen statt „guter Pflege“ der Fachkräftemangel in der Pflegebranche und der Pflegenotstand. Schreibt man die demografischen Daten und die Entwicklungstendenzen in den Pflegeeinrichtungen einfach fort, so scheint dies beinahe unausweichlich zu sein.
- Mit dem Strukturwandel hat sich die Armut in der Region verfestigt. Statt soziale Sicherheit für die Mehrheit zu erreichen, droht in der Region eine weitere Normalisierung der Armut mit allen Konsequenzen.

Zwei Extrem-Szenarien sind möglich, wobei sich die einzelnen Elemente wechselseitig verstärken, entweder hin zu einem Abwärts-Trend oder zu einem Aufwärts-Trend. Dabei stellen die Szenarien nur die beiden extremen Pole in einem Kontinuum von möglichen Entwicklungen dar. Die Abhängigkeiten werden deutlich, wenn man



beide Extrem-Szenarien beschreibt:

Szenario Nr. 1: Mit dem Kreis Recklinghausen geht es bergab

Die Wirtschaft spürt in naher Zukunft den Fachkräftemangel, hat aber versäumt rechtzeitig etwas dagegen zu tun. Gleichzeitig schafft es das Bildungssystem nicht, die immer weniger werdenden Jugendlichen in genügender Anzahl „ausbildungsreif“ zu machen. Zudem verlangt die Digitalisierung der Wirtschaft Qualifikationen und Kompetenzen der Mitarbeiter*innen, die im Kreis nicht genügend vorhanden sind und die das Bildungssystem wegen seiner Überlastung nicht kurzfristig vermitteln kann. Die Überlastung des Bildungssystems wiederum hängt mit der Normalisierung der Armut zusammen. Was einmal als Skandal gegolten hatte – dauerhafte

Langzeitarbeitslosigkeit – wird zunehmend als Normalität wahrgenommen. Die Gesellschaft findet sich damit ab, dass bestimmte Regionen durch eine prekarisierte Unterschichtung geprägt sind, zumal die Wirtschaft im Zuge der Digitalisierung immer weniger Einfacharbeitsplätze anzubieten hat. Kinder aus Familien, die für längere Zeit „Hartz-4“, also Leistungen nach SBB II beziehen, haben trotz aller kompensatorischen Bemühungen in Schule und Kita schlechtere Voraussetzungen für qualifizierte Bildungsabschlüsse. Einmal arm, immer arm.

Auch die Qualität der Altenpflege nimmt ab. Ambulante, quartiersnahe Konzepte scheitern an fehlenden Voraussetzungen: Die Quartiere können nicht altengerecht ausgebaut werden. Für die stetig wachsende Zahl der Älteren mit Migrationshintergrund fehlen kulturkompetente Pflegekonzepte und Pflegedienste, die solche neuen Konzepte praktizieren. Der Fachkräftemangel macht sich insbesondere in der ambulanten Pflege bemerkbar und verhindert den Ausbau dieser Pflegeform.

Szenario Nr. 2: Mit dem Kreis Recklinghausen geht es bergauf

Dank vorausschauender Maßnahmen und rechtzeitiger Interventionen haben sich die Region, die regionale Wirtschaft und das regionale Bildungssystem gut auf den Fachkräftemangel vorbereitet. Fast alle Jugendlichen können in Zukunftsberufen eine duale Ausbildung machen oder beginnen eine Fachschulausbildung oder besuchen eine Hochschule. Dank eines vorausschauenden regionalen Kompetenzmanagements ist die Digitalisierung zu einem Erfolgsfaktor geworden. Langzeitarbeitslosigkeit und Armut sind stark zurückgegangen. Zwar ist die Zahl der Einfacharbeitsplätze noch einmal gesunken, aber die werden jetzt auch kaum noch nachgefragt, weil das Qualifikationsniveau stark gestiegen ist. Ausreichende Bildung ist nicht länger eine Frage von Herkunft und Einkommen.

Auch der prognostizierte Pflegenotstand konnte vermieden werden. Es ist vielmehr gelungen, den Pflegeberuf deutlich attraktiver zu machen. Altenpflege zeichnet sich nunmehr aus durch wohnortnahe und möglichst ambulante Konzepte. Auch die stationäre Versorgung erfüllt alle Kennzeichen einer „guten Pflege“, bei der alle Kundinnen und Kunden sowie deren Angehörige zufrieden sind. Zudem geht die Pflege mit Kulturkompetenz auf die wachsende kulturelle Vielfalt der zu Pflegenden ein.

Fazit:

Es ist wenig wahrscheinlich, dass eines der beiden Szenarien tatsächlich in dieser extremen Form eintritt. Es versteht sich aber von selbst, dass sich eine Vision 2030 am 2. Szenario orientieren muss. Die zentrale Frage lautet also: Welche Schritte müssen gegangen werden, um eine realistische, nicht bloß auf Wünschen beruhende Vision 2030 zu erreichen? Um diesem Ziel näher zu kommen hat das Projekt „Zukunftsstadt“ des Kreises Recklinghausen zu den drei Themenkomplexen „Arbeit/Wirtschaft“, „Bildung“ und „Pflege“ Diskussionsrunden, Expertenworkshops und Bürger*innenworkshops unterschiedlicher Formate durchgeführt. Im Folgenden werden die Ergebnisse zusammengefasst, wobei auch weitere Diskussionen und Papiere zu den einzelnen Themen einbezogen werden.

2. Auf dem Weg zu einer realistischen positiven Vision 2030 für den Kreis Recklinghausen

Im Folgenden geht es um die Diskussionen zu den vier Themenbereichen, die oben in den Szenarien skizziert wurden. Die Szenarien geben zwei extreme Richtungen vor, die dann zu Entweder-Oder-Fragen führen:

- Bildung 2030 – Lassen sich Bildungschancen für alle herstellen oder müssen wir mit der Ungleichheit leben?
- Digitalisierung der Wirtschaft – Wird sie Teil des Problems oder Teil der Lösung?
- Lässt sich Soziale Sicherheit wieder für alle herstellen oder steuern wir auf eine Normalisierung der Armut zu?
- Lässt sich der Pflegenotstand nicht mehr aufhalten oder gelingt die „Gute Pflege“ für alle?

Natürlich gibt es nicht nur dieses Entweder-Oder. Die Fragen sind ein Hilfsmittel, um ein realistisches aber dennoch visionäres Bild der Zukunft zu entwickeln. Die folgende Grafik dokumentiert die Arbeitsschritte, die dazu im Projekt Zukunftsstadt durchgeführt wurden. (in schwarz, blau und kursiv sind Veranstaltungen die von anderer Seite auf die Themen bezogen stattgefunden haben.) Anschließend werden die Ergebnisse der Arbeitsfelder einzeln dargestellt, wobei das Thema „Soziale Sicherheit“ als Querschnittsthema mit behandelt wird.

2.1 Bildung 2030 – Bildungschancen für alle

In den letzten Jahren sind im Kreis Recklinghausen im Bereich der Bildung eine Reihe sozialer Innovationen entwickelt worden, von denen hier nur einige skizziert werden sollen:

- Seit 2009 ist im Kreis Recklinghausen ein Regionales Bildungsnetzwerk aufgebaut und schrittweise erweitert worden. Der Kreis und die Städte des Kreises haben damit ein solides Fundament für das Bildungsmanagement geschaffen. Zahlreiche Projekte konnten und können sich dort verorten.
- Mit Hilfe des BMBF-Projektes „Lernen vor Ort“ ist im Kreis Recklinghausen ein Arbeitskreis „Regionales Bildungsmonitoring“ entstanden, der die Datengrundlage für Bildungsberichte und bildungspolitische Entscheidungen liefert. Ziel ist es, dieses Monitoring möglichst kleinräumig zu erweitern und zu verstetigen.
- Schwerpunkt der Bildungspolitik des Kreises Recklinghausen und seiner Städte ist die frühe Bildung. Diese Festlegung ist ein Zukunftsprojekt, da die „Früchte“ dieser Strategie sich erst spät zeigen.
- Das BMBF hat ein Förderprogramm aufgelegt, das ein verbessertes Management im Themenfeld „Integration durch Bildung“ und die Weiterentwicklung von Bildungssystemen auf kommunaler Ebene zum Ziel hat. Im Wesentlichen geht es dabei um die Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte im Kreis Recklinghausen. Der Kreis Recklinghausen beteiligt sich als Kommune der ersten Welle und wird mit der Arbeit im Sommer 2016 beginnen.

Zukunftsstadt Termine 2015/2016									
	8/2015	9/2015	10/2015	11/2015	12/2015	1/2016	2/2016	3/2016	4/2016
Team	11.8. 3. Planungstreffen	21.9. 4. Planungstreffen	14.10. 5. Planungstreffen		11.12. 6. Planungstreffen			30.3. 7. Planungstreffen	Umsetzungs-Workshop (erweitertes Team)
	Planungspapier Kultur								Ergebnispapier
Bildung	11.8. Planungstreffen Bildung	1.9. Experten-Workshop Bildung/Kultur		23.11. Bürgerworkshop Bildung					20.4. Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung – Schule als sicherer Ort.
	14.8. Planungstreffen Bildung/Kultur	16.9. Expertenworkshop Bildung							
	Planungspapier Bildung								
Pflege		2.9. Planungstreffen Pflege	20.10. Experten-Workshop Pflege	12.11.. Kommunale Konferenz Alter und Pflege		25.1. Unterausschuss „Leben im Alter“	1.2. Sozialausschuss	22.2. Kreistag zum Thema Pflege	03.4. Bürgerworkshop Pflege
		Planungspapier Pflege							14.4. Kommunale Konferenz Alter und Pflege
Wirtschaft Arbeit		10.9. Betriebs- und Personalratetreffen Zu Arbeit 4.0	28.10. 15.00 Experten-Workshop Wirtschaft und Arbeit	05.11.. Betriebs- und Personalratetreffen Digitalisierung				17.3. Bürger-Workshop „Industrie 4.0 Wirtschaft 4.0 Schule 4.0“	
		Planungspapier Wirtschaft/Arbeit							
Überregional			23.10. Konferenz RVR in Essen			19.1. Konferenz Gelsenkirchen	22.23.2. Konferenz Berlin		

- Zur besseren Integration von Seiteneinsteiger/innen und von Armut Betroffenen in die Gesellschaft unterstützt der Kreis Recklinghausen gemeinsam mit der Walter-Blüchert-Stiftung und dem Ministerium für Schule und Weiterbildung im Projekt „Angekommen im Kreis Recklinghausen“ die Förderung von Beratungs- und Clearingstellen (Begegnungszentren-Lerncafés) in verschiedenen Berufskollegs, um neu zugewanderte Jugendliche im Alter bis zu 25 Jahren besser zu fördern und bei Ihrer Integration zu unterstützen.

Vier zentrale Themen beherrschen die Debatten über die Zukunft der Bildung im Kreis Recklinghausen:

1. Wie kann „frühe Bildung“ in Richtung Bildungsgerechtigkeit weiter verbessert und ausgebaut werden?
2. Wie können als neue Herausforderung Neuzugewanderte erfolgreich in das Bildungssystem integriert werden?
3. Wie kann Inklusion gelingen?
4. Wie können Jugendliche durch Bildung auf die künftige Arbeitswelt vorbereitet werden?

Wie kann „frühe Bildung“ weiter verbessert und ausgebaut werden?

Die Bildungsforschung geht davon aus, dass sich Bildungsinvestitionen in frühe Bildung zwar erst Jahre später, dann aber sehr effizient auszahlen. Dieser Grundsatz hat sich auch in zahlreichen bildungspolitischen Debatten im Kreis Recklinghausen in den letzten Jahren als Grundkonsens der Bildungspolitik des Kreises und seiner Städte herausgebildet. Damit dies auch nachhaltig wirkt, soll die frühe Bildung weiterhin im Rahmen einer Vision 2030 einer der Schwerpunkte bleiben. Hier kommt es vor allem darauf an, Ansätze guter Praxis im Kreis zu identifizieren zu verstetigen, weiter zu entwickeln und kreisweit zu transferieren.

Die frühe Bildung war denn auch einer der Kernpunkte zweier Workshops, die das Projekt Zukunftsstadt des Kreises Recklinghausen durchgeführt hat: Am 1. September 2015 trafen sich 25 Bildungsakteure im Kreishaus zu einem Expertenworkshop zum Thema „Beste Bildung für alle“. Im November fand dann zum selben Thema in Herten ein Bürgerworkshop statt mit 35 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.



Visuelles Protokoll zum Thema Frühe Bildung im Rahmen des Bürgerworkshops

Zentraler Ort für die Entwicklung von Bildungsinnovationen im Bereich der frühen Bildung war in den Jahren 2000 – 2014 das vom BMBF geförderte Projekt „Lernen vor Ort“. In den Städten Herten, Recklinghausen, Gladbeck und Castrop-Rauxel wurden in so genannten „Leuchttürmen“ übertragbare Ideen entwickelt:

- In Castrop-Rauxel wurde mit dem Projekt „Kinder fördern – Eltern stärken“ ein Modell für eine umfassende Eltern- und Familienarbeit entwickelt.
- In Gladbeck entstand mit dem Bildungshaus Albert Schweitzer ein Beispiel für eine alternative Schulraumnutzung.

- In Recklinghausen ist es mit der Bildungsvereinbarung Sprache und den damit zusammenhängenden Aktivitäten gelungen, das Sprachniveau der Kinder in der Stadt deutlich anzuheben.
- In Herten ist es gelungen, das Projekt „Ein Quadratkilometer Bildung“, in dem Bildung in geballter Form rund um eine Schlüsselgrundschule organisiert wird, erfolgreich innerstädtisch in vier andere Quartiere zu transferieren.

An diese Innovationen knüpften auch die Diskussionen in den Workshops des Projektes Zukunftsstadt an. In einem Pressebericht über den Bürgerworkshop in Herten zum Thema „Beste Bildung für alle“ wird deutlich, dass es den Teilnehmenden bei ihren Zukunftsentwürfen nicht um Science Fiction geht:

„Eine Botschaft der Diskussionsrunde war: ‚Wir fangen nicht bei null an.‘ An vielen Orten seien bereits Innovationen im Bildungsbereich entwickelt worden. Zum Beispiel bei der Sprachförderung oder bei der Unterstützung von Eltern. Solche Beispiele sollten, so die Teilnehmer, im ganzen Kreis Schule machen.“ (Hertener Allgemeine Zeitung)

Erfolge sind auch messbar. Die empirisch feststellbare Verbesserung der Sprachkompetenz der Kinder im Kreis Recklinghausen korrespondiert mit der Schwerpunktsetzung der Bildungsanstrengungen auf die frühe Bildung. Besonders augenfällig wird dies in der Stadt Recklinghausen. Mit der dortigen „Bildungsvereinbarung Sprache“, die eine Vielzahl von Maßnahmen umfasst - bessere Zusammenarbeit Kitas-Grundschulen, Sprachförderprogramme, verbesserte Elternarbeit, Leseprojekte usw. - konnte in Recklinghausen die Sprachkompetenz anderssprachiger Kinder von 27% in 2010 auf 41% in 2012 gesteigert werden. Auch bei den Kindern mit Deutsch als Muttersprache stieg der Anteil von 86% auf 92%. (Bildungsbericht Kreis Recklinghausen 2014)

Auch andere Projekte, wie etwa das Hertener Projekt „Quadratkilometer Bildung“, haben zur Verbesserung der Integration der Kinder in das Bildungssystem beigetragen. In Herten wurden in einem sozial schwachen Stadtteil rund um eine Schlüsselgrundschule vielfältige Bildungsangebote für Kinder und Eltern geschaffen, sozusagen Bildung in geballter Form. Mittlerweile ist diese Idee auch an andere Orte in Herten und darüber hinaus in andere Städte des Kreises erfolgreich transferiert worden. Diese Strategie soll fortgesetzt werden, auch vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, Kinder aus Flüchtlingsfamilien in das Schulsystem zu integrieren.

An diese Erfolge kann sinnvoll angeknüpft werden bei der Formulierung einer Vision 2030. Neben der Weiterentwicklung des kreisweiten Bildungsmonitorings, der die Grundlage für quartiersbezogene Bildungsinterventionen sein könnte, sind hier vor allem die Transfers der Bildungsinnovationen im Bereich der frühen Bildung zu nennen.

Nun ist „Transfer“ von Innovationen zwar einer der am meisten genannten Strategien in Bildungsdiskursen, und es ist auch verständlich, dass in beiden Workshops diese Strategie als Weg zu einer realistischen Vision 2030 genannt wurde, dennoch findet Transfer selten statt. Warum eigentlich? In einer Expertenrunde wurden dazu folgende „Stolpersteine“ benannt, die es künftig bei dieser Strategie zu beachten gilt:

- Das Projekt „Ein Quadratkilometer Bildung“ in Herten-Süd läuft seit 2009, ist personell gut ausgestattet und wird von der Freudenberg-Stiftung finanziert. Ein Transfer eins zu eins ist ohne eine finanzielle Förderung in der Regel illusorisch. Transfer kann daher nur bedeuten, einzelne Elemente des Projektes in andere Stadtteile zu übertragen, z.B. die Institution „Elterncafé“, das Konzept „Förderscout“ oder den Aufbau von engmaschigen Netzwerken verschiedener wichtiger Akteure. Das Grundgerüst, Aktivitäten im Umkreis einer zentralen Schlüsselgrundschule, sollte allerdings auf jeden Fall beibehalten werden.
- Transferprojekte sollten nicht bei null anfangen. Wichtig ist es daher die Orte zu identifizieren, an denen besonders gute Voraussetzungen für den Transfer einzelner Elemente des Projektes gegeben sind. Man hat bei diesem Transfer also nicht, wie so oft, eine Lösung und sucht in der Umwelt nach kompatiblen

Problemen. Sinnvoller ist die Gegenrichtung: Man hat ein Problem und sucht in der Umwelt nach einer Lösung! Auf den Transfer bezogen heißt das: Grundschulen und Bildungsakteure in anderen Stadtteilen sehen in Elementen des Projektes „Ein Quadratkilometer Bildung“ Lösungsansätze für die Probleme, die sie in ihrem Stadtteil haben.

- Wichtig ist auch die Funktion eines „Kümmers“ oder „Botschafters“. Man braucht jemanden, der den Transfer von Seiten der Stadt begleitet, der sich darum kümmert, wenn es Probleme gibt, der weiß, wie man diese eventuell auf informellen Wegen lösen kann, der Kontakt zu den richtigen Ansprechpartnern hat.
- Unerlässlich für einen erfolgreichen Transfer ist personelle Kontinuität. Jemand muss im Ursprungsprojekt – in diesem Fall „Ein Quadratkilometer Bildung“ – als auch im Transferprojekt „zu Hause“ sein. Dafür müssen Ressourcen bereit stehen.
- Im Mittelpunkt des Projektes „Ein Quadratkilometer Bildung“ steht eine „Schlüsselgrundschule“, in Herten-Süd ist das die Feigeschule. Dieses Strukturmerkmal ist auch in den vier weiteren Transferprojekten beibehalten worden, sie wurden ebenfalls um vier Grundschulen herum aufgebaut. Wichtig ist es, bei der Auswahl der Schulen darauf zu achten, dass nicht nur die Schulleitung hinter dem Projekt steht, sondern auch das Kollegium.

Wie können Flüchtlinge erfolgreich in das Bildungssystem integriert werden?

Als das Projekt „Glückauf in die Zukunft“ konzipiert wurde, war die Integration von Flüchtlingen in das Bildungssystem eher randständig, also nicht im Fokus einer Vision 2030. Bei Beginn des Projektes im Sommer 2015 war es dann das alles beherrschende Thema (nicht nur) des regionalen Bildungsdiskurses.

Erwartungsgemäß nahm die Diskussion über die Integration durch Bildung für die Flüchtlinge den meisten Raum in den Diskussionsrunden und einschlägigen Workshops des Projektes Zukunftsstadt ein. Im Expertenworkshop im September 2015 wurden bei einer Kartenabfrage allein 34 Karten dazu geschrieben, hier gab es die intensivsten Diskussionen. Die Karten und Diskussionsbeiträge lassen sich in vier Themenbereiche gliedern:

Sprache und Kultur

Der Erwerb der deutschen Sprache ist die Voraussetzung für eine gelingende Integration. Dementsprechend umfangreich waren die Vorschläge.

- Bisher kommen nur bestimmte Gruppen von Flüchtlingen in den Genuss von Sprachkursen. Diese sollten für alle Flüchtlinge eingerichtet werden.
- Zwei Vorschläge sprachen sich für eine Verbindung von schulischem Spracherwerb mit bestimmten auf Berufe orientierten Inhalten aus: Die schulische Sprachförderung könnte an alternativen Standorten, z.B. mit dem Handwerk, organisiert werden, oder sie könnte über MINT-Klassen erfolgen.
- Es fehlt an Dolmetscher/innen. Wir brauchen einen kreisweiten Dolmetscherpool.
- Für die kulturelle Integration wurde ein „Kulturrucksack“ vorgeschlagen. Außerdem wurde angeregt, Schultheatertage sowie weitere interkulturelle Projekte an Schulen durchzuführen.
- Zur kulturellen Bildung gehören auch „Demokratie lernen“ sowie die Erkundung des Umfeldes im Stadtteil.

Ehrenamt und Patenschaft

Die Aufgabe der Integration durch Bildung kann nicht allein durch die Verwaltung und die Bildungsinstitutionen erreicht werden.

- Es gilt, ehrenamtliche Unterstützer/innen als Paten und Patinnen für die Flüchtlinge zu gewinnen. Dabei ist es aber notwendig, die ehrenamtlichen Tätigkeiten zu steuern.

- Es wäre auch gut, die Ehrenamtlichen über Workshops zu schulen bzw. einen Erfahrungsaustausch zu organisieren. Das kann vor dem Gefühl der Überforderung schützen.
- Mehrfach wurde auf die Notwendigkeit von Patenschaften hingewiesen, insbesondere an den Schulen. Scouts für Flüchtlinge könnten Jugendliche bei Sprache und Kultur unterstützen.
- Asylbewerber könnten aber nicht nur Objekt von Ehrenamt und Patenschaften sein. Sie könnten auch selber Flüchtlingshelfer werden. Dies wäre auch eine Förderung der Selbstverantwortung.
-

Ressourcen für Bildung

Mehrfach wurde auf fehlende Ressourcen hingewiesen. Sie müssten dauerhaft sichergestellt werden, unter anderem für niederschwellige Bildungsangebote und Vorbereitungsklassen in jeder Kreisstadt. Dass so etwas möglich ist, zeigt der Gesundheitsbereich. Dort wird mittlerweile viel Geld für die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge bereitgestellt. Wichtig ist auch, Ressourcen für die ständige Erreichbarkeit für Fragen der Integration bereit zu stellen, z.B. über eine Hotline.

Übergang in den Beruf

Wichtig für die Integration ist der Übergang in den Beruf. Dazu bedarf es einer Beratung zur beruflichen Entwicklung, eines vereinfachten Verfahrens bei der Kompetenzfeststellung sowie einer Erleichterung des Verfahrens zur Anerkennung von Abschlüssen.

Ein Ausblick

Mittlerweile ist die Diskussion natürlich schon weiter fortgeschritten. Vieles, was im September 2015 noch als Aufgabe formuliert wurde, wird von den Städten, dem Kommunalen Integrationszentrum des Kreises, dem Jobcenter, der Agentur für Arbeit, Bildungsträgern, Wohlfahrtsverbänden, ehrenamtlich Tätigen etc. bereits in Angriff genommen. Das Projekt Zukunftsstadt hat dazu einen bescheidenen Beitrag leisten können. Wie sich ein Kreis von Bürgerinnen und Bürgern eine gelungene Integration in das Bildungssystem 2030 vorstellt, zeigt die folgende Grafik, die Anja Weiss im November 2015 im Rahmen eines *Grafic Recordings* als Resultat des Workshops festgehalten hat.



Wie kann Inklusion gelingen?

Beim Thema „Inklusion“ geht es zunächst einmal darum zu klären, wovon überhaupt die Rede ist.

Während in Deutschland nach wie vor in vielen Bereichen von Integration gesprochen wird, spricht die UN-Konvention von Inklusion. Art. 3, Allg. Grundsätze:

- „Die volle und wirksame Teilnahme an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft.“
- „Die Achtung vor der Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderungen und die Akzeptanz dieser Menschen als Teil der menschlichen Vielfalt und der Menschheit.“

Es geht nicht mehr darum, „Ausgesonderte zu integrieren“, sondern allen Menschen von vornherein die Teilnahme an allen gesellschaftlichen Aktivitäten auf allen Ebenen und in vollem Umfang zu ermöglichen. Dabei soll ihre Autonomie und Unabhängigkeit (Independent Living) gewahrt bleiben. Die Betroffenen haben nicht die Aufgabe, ihre Bedürfnisse an (angebliche) gesellschaftliche Notwendigkeiten anzupassen, sondern die Gesellschaft hat die Aufgabe, sich auf die Bedürfnisse der Betroffenen einzustellen.

Jede Form körperlicher, seelischer, geistiger oder Sinnesbeeinträchtigungen gilt als normaler Bestandteil des menschlichen Lebens. Und wird ausdrücklich bejaht im Sinne der Vielfalt (diversity) und als Quelle möglicher kultureller Bereicherung wertgeschätzt. Menschen mit körperlichen Behinderungen bezeichnen sich mittlerweile als *körperlich herausgefordert*.

Bildungseinrichtungen sind nun so auszugestalten, dass sie – unabhängig von sozialer Herkunft, Ethnizität, Sprache, Religion, Geschlecht, Leistungsvermögen, Behinderung – sich der Vielfalt der Lernenden flexibel und wohnortnah anpassen. Dies bedeutet auch die Übernahme der Verantwortung für die Sicherung des individuellen Rechts auf hochwertige Bildung. Dies bedeutet ein engagiertes Entgegenwirken von sozialer Ungleichheit, Benachteiligungen und Verhindern von Exklusion bestimmter Personengruppen. Die bisherige Bildungspolitik diskriminiert etwa Kinder mit „Lernbehinderungen“. 90% der Kinder in Förderschulen stammen aus Familien, wo Armut in materiellen, sozialen und kulturellen Sinn Zuhause ist.

Der Inklusion liegt vorbehaltlos die Einbezogenheit und Zugehörigkeit aller Menschen in einer Gesellschaft zugrunde in Form gleichberechtigter Teilhabe. Ungeachtet von Hautfarbe, Geschlecht, Religion, ihrer Leistung oder einer Behinderung. Behinderungen werden nicht mehr medizinisch sondern gesellschaftlich thematisiert. Und speziell nur behinderte Menschen in Bildungssysteme inkludieren zu wollen ist ein Widerspruch an sich. Denn Inklusion wendet sich gegen Spezialisierungen, hier wird die Vielfalt, die Heterogenität ins Zentrum gestellt. Menschen sind verschieden, einige haben mehr Unterstützungsbedarf als andere – manchmal kurzfristig (bei Krankheit, als Kind und im Alter) manchmal dauerhaft.

Dies war auch Konsens auf dem Workshop „Beste Bildung für alle“ in Herten. „2030: Inklusion wird gelebt – Was haben wir in unserer Stadt und in unserem Kreis seit 2015 zum Gelingen beigetragen. Das folgende visuelle Protokoll skizziert die Ergebnisse.



Wie können Jugendliche durch Bildung auf die künftige Arbeitswelt vorbereitet werden?

Dazu müssen wir zunächst genauer untersuchen, wie die Arbeitswelt sich in Zukunft entwickeln könnte und welche Möglichkeiten zur Gestaltung es gibt. Kommt es in einer Vision 2030 darauf an, sich den wirtschaftlichen Entwicklungen anzupassen, oder lassen sich alternative Szenarien denken? Darum geht es unter anderem im folgenden Abschnitt.

2.2. Arbeit und Wirtschaft 2030 – Digitalisierung als Chance

„Digitalisierung“ bestimmt seit kurzem die Diskurse über die Zukunft von Wirtschaft und Arbeit. Es geht um „Industrie 4.0“, „Arbeit 4.0“, „Wirtschaft 4.0“, „Internet der Dinge“, „3-D-Druck“, „Big Data“ und einiges mehr. „Digitalisierung“ scheint sich dafür als Sammelbegriff herausgebildet zu haben.

Auch im Kreis Recklinghausen wird zurzeit an mehreren Stellen diskutiert, welche Auswirkungen die Digitalisierung auf die Region haben wird und wie dieser Prozess - und in welche Richtung - zu gestalten sei. Das Projekt Zukunftsstadt hat diese Diskussionen aufgegriffen, zum Teil angestoßen und weitergeführt, wobei Konsens darüber herrscht, dass wir zwar erst am Anfang dieser Entwicklung stehen, dass die Digitalisierung aber die Zukunft des Kreises Recklinghausen ganz wesentlich beeinflussen wird. Eine Vision „Kreis Recklinghausen 2030“ muss daher auch Vorstellungen haben, wie sich Digitalisierung positiv gestalten lässt und wie negative Folgen vermieden werden können. Im Folgenden geht es um erste Überlegungen, die sich als Ergebnis dieser Diskussionsprozesse zusammenfassen lassen:

Die ungünstige Ausgangssituation

In der Außen- aber häufig auch in der Innenwahrnehmung erscheint der Kreis Recklinghausen als eine altindustriell geprägte Bergbauregion mit dazu passenden Strukturen und Mentalitäten. Aus diesem Blickwinkel heraus droht daher eher ein „digital gap“ zwischen den Regionen, bei der der Kreis Recklinghausen und die gesamte Emscher-Lippe-Region (dazu gehören die Städte Bottrop und Gelsenkirchen, mit denen der Kreis vielfältig verbunden ist und an vielen Stellen eng zusammen arbeitet) als Verlierer dazustehen droht. Der Kreis ist gerade nicht wie Ostwestfalen-Lippe oder Baden-Württemberg führend in der Entwicklung von Digitalisierung und Industrie 4.0.

Bei einer Veranstaltung des Projektes „Zukunftsstadt“ im Berufskolleg Ostvest in Datteln mit dem Titel „Industrie 4.0, Wirtschaft 4.0, Schule 4.0“ im Februar 2016 hat Dr. Wilfried Plaß von der Beckhoff GmbH dargestellt, welche Voraussetzungen in Ostwestfalen nötig waren, um ein Netzwerk zu bilden und einen Prozess in Gang zu setzen, der OWL zu einer führenden Region in Sachen Digitalisierung hat werden lassen. Auslöser war ein großes und erfolgreiches Forschungsprojekt, „It's owl“, an dem sich auch die regionale Wirtschaft beteiligte. Daneben existiert ein engmaschiges Netzwerk innovativer Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die sich wechselseitig bei Digitalisierungsvorhaben unterstützen. Davon ist der Kreis Recklinghausen noch weit entfernt.

Folgende Schritte werden diskutiert, damit die Digitalisierung auch im Kreis Recklinghausen zu einer Erfolgsgeschichte werden kann:

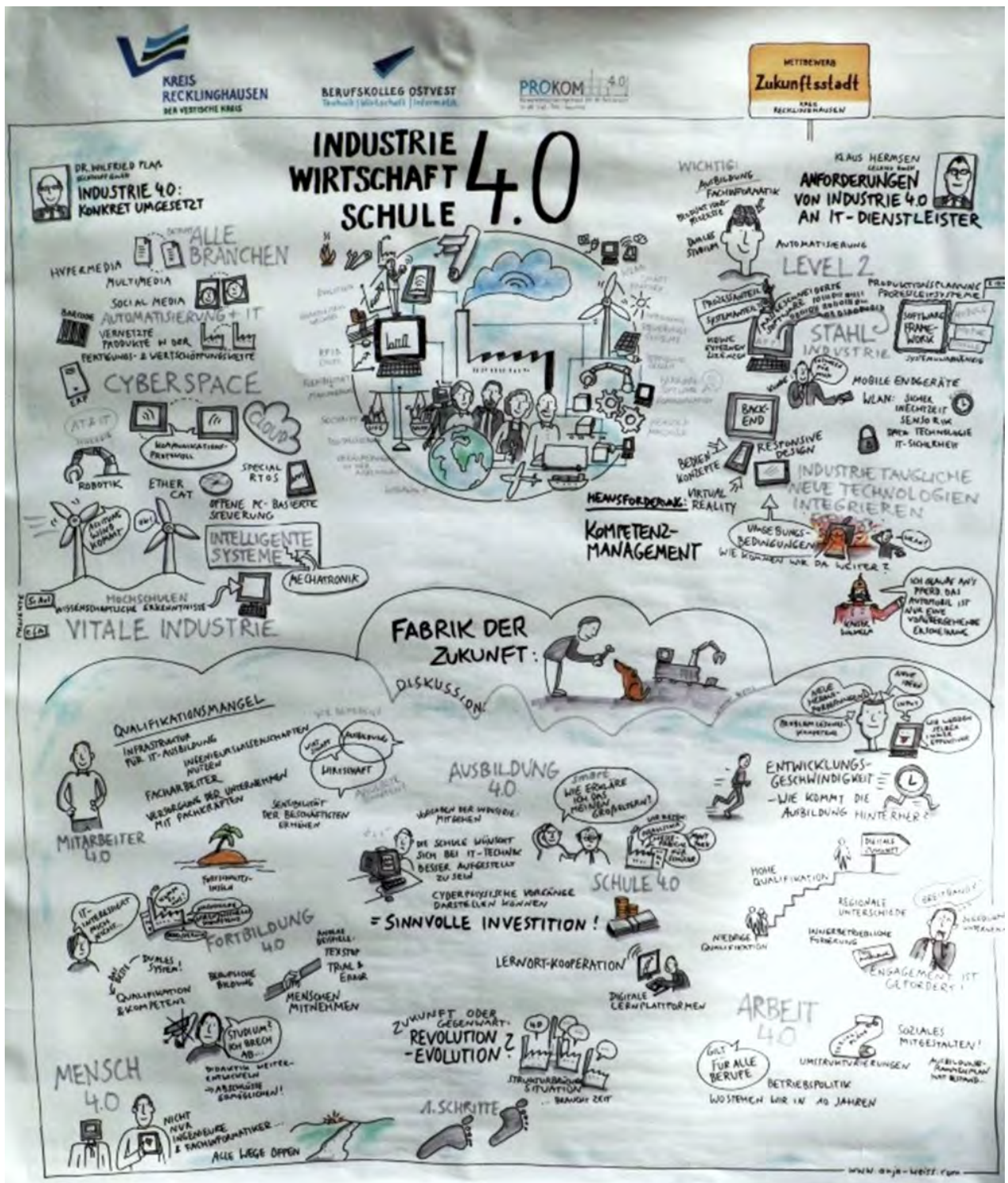
Fortschrittsinseln sichtbar machen und ausbauen

Auch im Kreis Recklinghausen gibt es hochmoderne Unternehmen, die den Anforderungen der Digitalisierung genügen und künftig bereit sind für Industrie 4.0. Es sind „Fortschrittsinseln“, zwischen denen es aber keine strukturierte Zusammenarbeit gibt, „Hidden Champions“, die von der Öffentlichkeit nicht beachtet werden.

Wie macht man Fortschrittsinseln sichtbar? In einem Papier zur Fachkräftesicherung in der Emscher-Lippe-Region sind dazu bereits 2012 Ideen formuliert worden. Das Ruhrgebiet hat eine „Route der Industriekultur“, auf der die Vergangenheit der Montanindustrie ästhetisch eindrucksvoll erlebbar wird. Wir brauchen aber auch eine „Route der Zukunftsindustrie“. Im Rahmen der Diskussion über „Digitalisierung“ und „Industrie 4.0“ könnte diese Idee wieder aufgegriffen und konkretisiert werden.

Dabei sollten auch die beiden Wirtschaftszweige vertreten sein, die im Kreis Recklinghausen die Montanindustrie als führende Branche abgelöst haben: Die Chemieindustrie mit dem größten Arbeitgeber im Kreis, der Evonik AG – der Chemieindustrie werden in der Fachliteratur im Zusammenhang mit Industrie 4.0

hohe Wachstumschancen zugerechnet – und dem wachsenden Gesundheitssektor, der ebenfalls durch Digitalisierungstrends gekennzeichnet ist.



Visuelles Protokoll des Workshops im Berufskolleg Ostvest in Datteln.

Ausbildung in der Region halten, Jugendliche für die IT-Berufe begeistern

Es gibt durchaus umfangreiche digitale Kompetenzen in den Berufskollegs im Kreis Recklinghausen. Vor ein paar Jahren wären allerdings beinahe IT-Ausbildungsgänge nach Münster verlegt worden. Dies muss auch in Zukunft

verhindert werden. Digitalisierungsprozesse unterstützende Ausbildungsgänge müssen erhalten und ausgebaut werden. Das gilt auch für die Hochschulen im Kreis und in der Region.

„Man muss Jugendliche für die IT begeistern“, so drückte es ein Diskussionsteilnehmer aus. Dazu dienen auch Lernortkoordinatoren.

Ein Teilnehmer des Expertenworkshops, den das Projekt „Zukunftsstadt“ im November 2015 zum Thema Digitalisierung veranstaltet hat, wies darauf hin, dass schon heute viele Jugendliche eine enorme Fachkompetenz mitbringen. Er regte an, Wettbewerbe von Schülerinnen und Schülern zum Themenfeld Digitalisierung zu veranstalten.

Wichtig ist auch, dass die technische Ausstattung für die Ausbildung auf einem hohen Niveau stattfindet und sich immer wieder den rasch ändernden technischen Voraussetzungen anpasst. Hier gibt es Investitionsbedarf.

Infrastruktur anpassen

Digitalisierung und Industrie 4.0 verlangen nach einer entsprechenden Infrastruktur. Diese ist im Kreis Recklinghausen nicht flächendeckend gegeben. Nicht überall gibt es schnelles Internet. Teilnehmer*innen auf Veranstaltungen berichteten von plötzlichen Funklöchern.

Ein entsprechender Ausbau der Infrastruktur ist die Voraussetzung für die weitere Digitalisierung im Kreis Recklinghausen mit seinen teils eher städtisch und teils eher ländlich geprägten Kommunen. Dass dies zwar notwendig aber nicht immer hinreichend ist, zeigte Herr Hermsen von der celano GmbH in Bottrop bei seinem Vortrag auf der Zukunftsstadt-Veranstaltung im Berufskolleg Datteln. Als IT-Dienstleister für die Stahlindustrie muss die Technik an Hitze, Staub und dicke Betonwände angepasst sein. Selbst das beste Netz kann hier versagen. Standardlösungen wie der Einsatz mobiler Endgeräte führen dann in eine Sackgasse. Hier sind innovative Lösungen gefragt – nicht nur für die Stahlindustrie.

Beschäftigte mitnehmen, Arbeit gestalten, Weiterbildung organisieren

Für Beschäftigte bedeuten Digitalisierung und Industrie 4.0 häufig zunächst Unsicherheit und Sorge um den Arbeitsplatz. Angesichts mancher Prognosen, die mit einem Arbeitsplatzverlust von 50% in fast allen Branchen rechnen, ist das mehr als verständlich. Zwar wird in wissenschaftlichen Veröffentlichungen solchen Prognosen heftig widersprochen und tatsächlich existieren noch keine auf empirischen Befunden beruhenden Analysen der Auswirkungen von Industrie 4.0. Dennoch ist absehbar, dass Industrie 4.0 Einfluss auf die Beschäftigungsverhältnisse nehmen wird. Gehen Arbeitsplätze verloren? Und wenn ja wo? Brauchen die Beschäftigten neue Qualifikationen und Kompetenzen? Gibt es noch Arbeit für angelernte Kräfte? Was wird aus der Facharbeit? Wie sieht die Arbeit demnächst aus? Wie lässt sie sich auch im Interesse der Beschäftigten gestalten? Das sind Fragen, die zunehmend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch die Gewerkschaften im Kreis Recklinghausen bewegen.

Das Projekt Zukunftsstadt hat den DGB dabei unterstützt, Betriebs- und Personalratskonferenzen zum Themenkomplex Digitalisierung durchzuführen. Josef Hülsdünker, der Regionsgeschäftsführer des DGB Emscher-Lippe, war zudem vertreten auf Veranstaltungen des Projektes Zukunftsstadt.

Im Kreis Recklinghausen und darüber hinaus im gesamten Ruhrgebiet gibt es, bedingt durch die montanindustrielle Prägung, eine „Kultur der Mitbestimmung“, die positiv im Sinne einer Gestaltung von neuen Arbeitsverhältnissen wirken kann. Betriebs- und Personalräten kommt deshalb eine entscheidende Funktion zu.

Wichtig ist auch die betriebliche und berufliche Weiterbildung. Hier gilt es unter anderem, Fördermöglichkeiten etwa im Rahmen des NRW-Programms zur Fachkräftesicherung auszuschöpfen. Hier hat der Kreis Nachholbedarf.

Diskussionsprozesse organisieren, Kooperationen schaffen, Innovative Projekte in die Region holen: Elemente eines regionalen Kompetenzmanagements

Im Kreis Recklinghausen kann es nicht darum gehen, Kooperationsstrukturen wie sie in Ostwestfalen-Lippe oder in Baden-Württemberg über Jahre aufgebaut wurden, einfach zu kopieren. Die Ausgangsbedingungen in den Regionen sind zu unterschiedlich. Dennoch lassen sich Elemente eines regionalen Kompetenzmanagements angeben, das die Region besser auf die Anforderungen von Digitalisierung und Industrie 4.0 vorbereitet. Mittlerweile hat es mehrere regionale Veranstaltungen zum Themenkomplex Digitalisierung gegeben. Das Berufskolleg Ostvest in Datteln plant weitere Veranstaltungen zu Ausbildung und Datenschutz. Der DGB Emscher-Lippe bereitet weitere Betriebsratskonferenzen vor. Das Thema ist bei wichtigen Akteuren in der Region angekommen. Es gilt nun, die regionale Wirtschaft einzubinden, Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen (Schulen, Berufskollegs, Hochschulen) und Unternehmen herzustellen oder auszubauen. Auch Forschungsprojekte, die vom Land, Bund oder der EU gefördert werden, können hilfreich sein. Und Digitalisierung ist nicht nur ein Thema für die Wirtschaft. Wie sieht das digitale Rathaus aus und wie kann es entstehen? Wie funktioniert z.B. altengerechte Digitalisierung? Der Kreis Recklinghausen, in dem der demografische Wandel weit fortgeschritten ist, könnte hier sogar Modellregion sein. Und schließlich die Frage: Wie kann Bürgerbeteiligung beim Thema Digitalisierung besser organisiert werden?



2.3. Soziale Sicherheit 2030 – Die De-Normalisierung der Armut

Was dabei herauskommen kann, wenn man in die Zukunft blickt, zeigen Visionen von gestern. Im September 1979 machte die Wirtschaftswoche mit dem Titel auf: „Das kranke Revier“. Ministerpräsident Johannes Rau hielt im Interview dagegen. Auf die Frage „Von welcher Industrie erwarten Sie Wachstumsimpulse für das Ruhrgebiet?“ antwortete Rau:

„Weniger vom Stahl, eher von der Kohle. Die sogenannte Renaissance der Kohle gibt zwar keinen Anlaß zur Euphorie, aber Zuversicht. Es ist sicher, daß die gegenwärtige Produktion gesteigert werden muß. Wenn zusätzlich die technischen Verfahren verbessert werden, wird Kohle für lange Zeit nicht nur als Energieträger, sondern auch als Rohstoff unentbehrlich sein.“ (Wirtschaftswoche, 3.9.1979, S.52)

Nicht nur der Ministerpräsident verbreitete Kohle-Optimismus. In einer zweiseitigen Anzeige bescheinigte die Firma BP dem Ruhrgebiet eine glänzende Zukunft:

„Die gute alte Kohle, das Wiegegengeschenk der Industrienation, Omas Hausbrand, wird eine Renaissance erleben. Sie wird uns helfen, die Energielücken zu schließen.“ (Anzeige in der Wirtschaftswoche, 3.9.1979, S.13)

Es waren also nicht allein die Bergleute, die sich Illusionen darüber machten, dass die Zukunft des Ruhrgebiets in der Vergangenheit zu suchen sei. Daran erinnert vor dem Kreishaus in Recklinghausen auch ein alter schwarzer Kohlewagen aus einem der vielen Bergwerke, die früher einmal die Region geprägt haben. Bergarbeiter haben darauf in den 90er Jahren in weißer Farbe die Konturen des Kreises Recklinghausen und seiner Städte gemalt. In jeder Stadt prangt das Symbol einer Zeche. Darunter der Schriftzug: „Kohle = Soziale Sicherheit“. Während der Projektlaufzeit von „Zukunftsstadt“ ist nun am 18. Dezember 2015 der Bergbau im Kreis Recklinghausen endgültig Geschichte geworden. Als letzte Zeche stellte das Bergwerk Auguste Viktoria in Marl die Förderung ein.



Die Forderung der Bergleute nach sozialer Sicherheit war und ist verständlich. Denn der Strukturwandel hat dem Ruhrgebiet – insbesondere im Norden des Reviers - soziale Unsicherheit gebracht. Seit den 80er Jahren hat sich die Langzeitarbeitslosigkeit und die damit zusammenhängende Armut verfestigt. Was damals noch als dringend zu lösendes gesellschaftliches Problem galt, gilt heute als „normal“. Was damals als Forderung aller politischen

Parteien den Diskurs bestimmte – die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung – ist heute selbst als Vision 2030 kaum noch glaubwürdig formulierbar, es sei denn Vollbeschäftigung wird neu definiert, wobei dann eine Sockelarbeitslosigkeit als Bestandteil der „Vollbeschäftigung“ eingeschlossen ist. Zwei Millionen Arbeitslose wurden in den 80er Jahren noch als „Skandal“ behandelt. Heute gilt die Zahl als niedriger Wert, sogar als positives Signal, als nicht mehr zu beseitigender Sockel.

Das hat Gründe, die nicht allein als Gewöhnungseffekt erklärbar sind. Die Arbeit selbst hat sich gewandelt. Früher konnte man „in die Fabrik“ gehen, um dort zu „arbeiten“, gleichgültig in welche. Denn die Grundlage industrieller Produktion war die angelernte Tätigkeit, nicht, wie heute, die Facharbeit. Digitalisierung und Industrie 4.0 könnten diesen Trend noch einmal verstärken. Manche Prognosen sagen voraus, dass es in Zukunft noch weniger Einfacharbeitsplätze geben wird. Und auch die Facharbeit könnte sich in Richtung Akademisierung verändern.

Wie kann soziale Sicherheit unter diesen Bedingungen erhalten bzw. wieder hergestellt werden?

Grundlage für soziale Sicherheit ist die Wirtschaftsentwicklung. Wir haben oben dargestellt, welche Chancen und Gefahren für die Zukunft existieren und welche Möglichkeiten der regionalen Steuerung existieren. Aus den Diskussionen über die Zukunft der sozialen Sicherheit lassen sich folgende Ansatzpunkte skizzieren:

- Eine der Stellschrauben für Armutsvermeidung und damit für soziale Sicherheit ist die regionale Bildungspolitik. Bessere Schulabschlüsse und berufliche Ausbildung sind zwar kein Garant für Beschäftigung, aber eine ihrer Voraussetzungen.
- In Zukunft wird die Wirtschaft mit noch weniger angelernten Kräften auskommen. Schon jetzt gibt es kaum noch Jobs für Menschen mit geringen Qualifikationen. Um aus der Situation der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit und der Hartz 4-Karrieren herauszukommen brauchen wir Alternativen jenseits des 1. Arbeitsmarktes.
- Auch eine bessere Armutsverwaltung kann Sicherheit geben und Armut, wenn nicht verhindern, so doch erträglicher machen. Der Kreis Recklinghausen hat vor ein paar Jahren mit dem Konzept der „Häuser der Sozialen Leistungen“ eine soziale Innovation bei der Armutsverwaltung und Arbeitsmarktintegration eingeführt. Dies kann kontinuierlich ausgebaut und verbessert werden.
- Armut ist (nicht nur aber insbesondere) im Kreis Recklinghausen „normal“ geworden. Sie wird als nicht mehr veränderbares Schicksal hingenommen. Zu einer Vision 2030 gehört auch eine erneute Skandalisierung von Armut und Arbeitslosigkeit.

2.4. Altenpflege 2030 – Quartiersnahe innovative Pflegekonzepte

Das Thema „Zukunft der Altenpflege“ gehört zu den vier Säulen des Projektes „Glückauf in die Zukunft“, denn der Pflegenotstand ist eines der bestprognostizierten Probleme, vor dem die Gesellschaft steht. Und dieser Notstand wird, wenn er denn eintritt, in den Kommunen – genauer: in den Quartieren – stattfinden.

Das Ziel, das sich der Kreis Recklinghausen gesetzt hat, ist daher notwendig, aber vor dem Hintergrund der Problemlage auch ehrgeizig: Niemand soll 2030 mehr Angst davor haben, bei Pflegebedürftigkeit seine gewohnte Umgebung verlassen zu müssen. Und wenn sich eine stationäre Versorgung nicht mehr vermeiden lässt, sollte sie allen Maßstäben einer „guten Pflege“ genügen.

Jetzt müssen daher Maßnahmen für quartiersnahe und innovative Pflegekonzepte entwickelt werden. Und jetzt, nicht erst, wenn es zu spät ist, müssen die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert werden. Dann besteht Hoffnung, dass der befürchtete Pflegenotstand erst gar nicht eintritt.

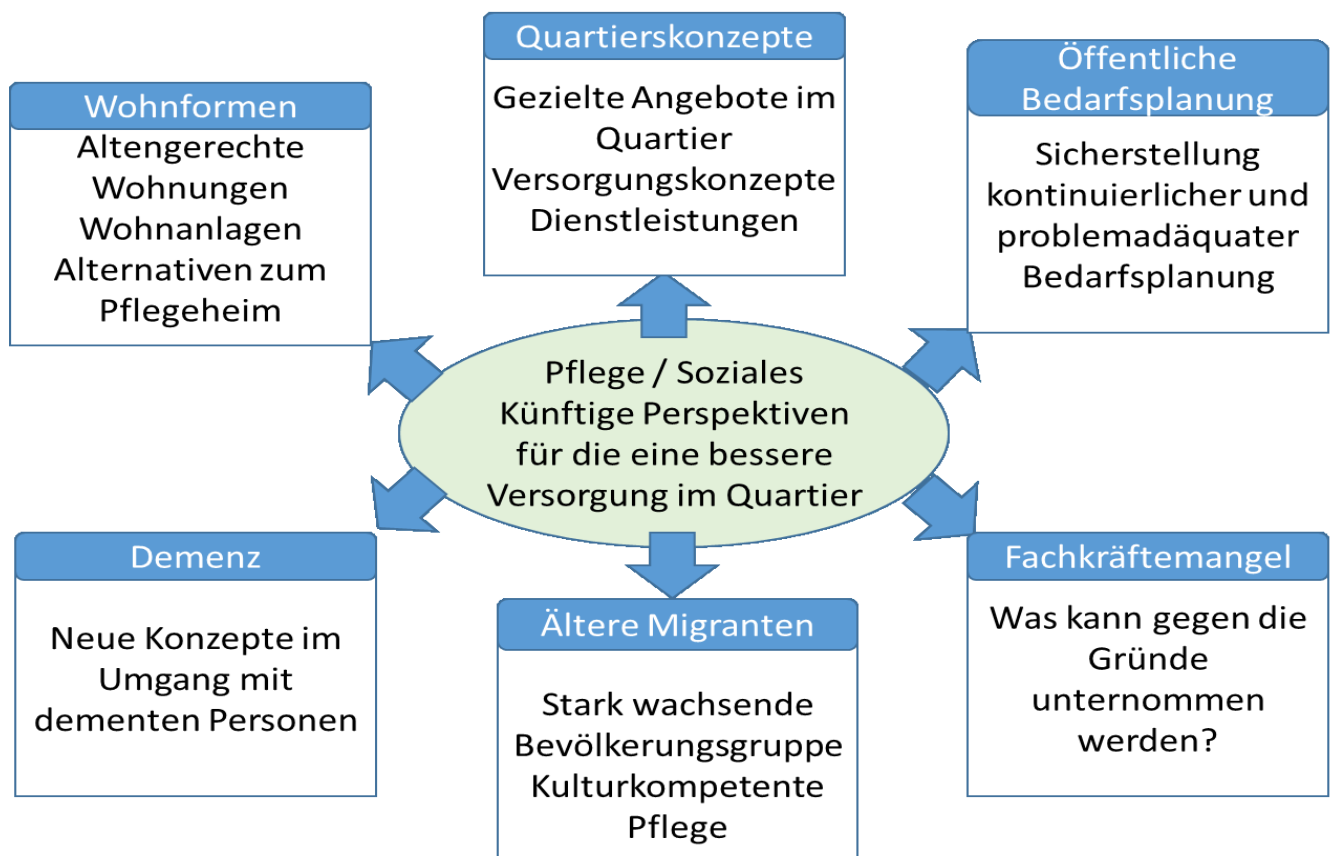
Das Projekt Zukunftsstadt versteht sich dabei als Baustein in einer Reihe von Bemühungen zur Verbesserung der Altenpflege im Kreis Recklinghausen:

- Im Dezember 2015 hat der Kreis Recklinghausen erstmals eine verbindliche Pflegebedarfsplanung erstellt und verabschiedet. Im Vorfeld dazu hat es eine Reihe von Diskussionen mit Vertretungen der Städte des Kreises über die Zukunft der Altenpflege und der Pflegeplanung gegeben.
- Bis September 2016 erstellt der Kreis Recklinghausen erstmals eine „örtliche Pflegeplanung“ mit einer umfassenden Bestandsaufnahme ambulanter und stationärer Einrichtungen, zu Fachkräftemangel und –bedarf, zu Quartiersentwicklung und Wohnen im Alter, zur Situation älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, Mobilität und Verkehr im Alter, zu Angeboten für ältere Menschen in den Bereichen Bildung, Kommunikation, Kultur, Sport und Bewegung sowie zum Thema Armut im Alter.

Das Projekt Zukunftsstadt versteht sich als Beitrag zu diesem kommunalen Diskurs, wobei der Schwerpunkt darauf liegt, Fachkräfte, Schüler/innen, Bürgerinnen und Bürger zu bestimmten Fragestellungen mit einzubeziehen.

Zu Beginn des Projektes wurde deshalb zunächst von einem Gremium aus Expert/innen ein Themenkatalog erstellt und visualisiert:

Mögliche Weiterentwicklung der Pflegekonzepte im Kreis Recklinghausen



- Im November 2015 fand dann ein Expertenworkshop statt, an dem 40 Expertinnen und Experten teilnahmen. Dazu wurden in vier Arbeitsgruppen die oben genannten Themen diskutiert.
- Im April 2016 fand in Marl ein Bürgerworkshop statt in den Räumen der dortigen Alevitischen Gemeinde. Hier ging es um die Frage, wie Migrantinnen und Migranten die Zukunft der Altenpflege sehen.

- Im Mai oder Juni 2016 ist geplant, einen Workshop mit Auszubildenden des Fachseminars für Altenpflege in Castrop-Rauxel zum Thema Zukunft der Altenpflege und kulturkompetente Pflege durchzuführen.

Im Folgenden sollen einige ausgewählte Ergebnisse der Diskussionen rund um die Zukunft der Altenpflege im Kreis Recklinghausen vorgestellt werden.

Arbeitsbedingungen in der Pflege 2030 – „Gute Pflege“ statt „Pflegenotstand“

Die zentrale Frage zur Vermeidung des „Pflegenotstands“ und zur Vision einer „guten Pflege 2030“ ist die Bewältigung des Fachkräftemangels. Wir dokumentieren deshalb ausführlich die Ergebnisse zweier Workshop-Runden, die das Projekt Zukunftsstadt im Oktober 2015 zu diesem Thema durchgeführt hat.

Die Teilnehmenden der Workshop-Runden waren sich darin einig, dass zwischen den Themen „Arbeitsbedingungen“ und „Fachkräftemangel“ eine enge Verbindung besteht. Wenig attraktive Arbeitsbedingungen in der Pflege sind aus Sicht der Teilnehmenden eine Ursache für den Fachkräftemangel. Es wurden aber auch andere Ursachen genannt und diskutiert.

- Die Beschäftigten arbeiten nach Ansicht der Teilnehmenden unter „schlechten Rahmenbedingungen“. Als besonders belastend wurden folgende Faktoren hervorgehoben: „zu wenig Zeit“ zur Betreuung Pflegebedürftiger, „schlechte Bezahlung“, „wenig Anerkennung“ der professionellen Pflege.
- Wegen der niedrigen Bezahlung würden die Pflegeberufe in der Öffentlichkeit häufig als Nebenerwerb für Frauen angesehen. Die Professionalität der Pflegeberufe werde nicht voll anerkannt. Nach Ansicht der Teilnehmenden reicht das Gehalt einer Fachkraft tatsächlich nicht aus, um einen Haushalt mit Kindern zu finanzieren: „Wie soll man als Pfleger eine Familie ernähren?“ In Folge der schlechten Bezahlung könnten viele Pflegekräfte außerdem keine ausreichenden Rentenbeiträge aufbringen und liefen Gefahr, im Alter in Armut leben zu müssen.
- Einige Teilnehmende kritisierten, dass wegen der zu knappen Zeitvorgaben die körperbezogenen Anteile der Pflege (Waschen etc.) immer größeres Gewicht bekämen, während die psycho-sozialen Anteile häufig vernachlässigt werden müssten. Es gebe „keine ganzheitliche Pflege mehr“. Die psycho-soziale Betreuung sei für viele Pflegefachkräfte jedoch eine zentrale Motivation für ihr Engagement. Wenn eine angemessene Betreuung der Pflegebedürftigen aufgrund der Rahmenbedingungen nicht mehr möglich sei, gehe unter Umständen die Freude am Pflegeberuf verloren.
- Die Ursachen für diese Arbeitsbedingungen sehen die Teilnehmenden letztlich auf der Ebene der Politik. Eine „abgehobene Gesetzgebung ohne Bezug zur Praxis“ habe Rahmenbedingungen geschaffen, die sich im Pflegealltag negativ auswirkten. Als Beispiel wurden unter anderem „falsche Anreize bei Pflegestufen“ genannt.

Folgende Maßnahmen und Faktoren zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurden thematisiert:

- Mehrere Beiträge hoben hervor, dass betriebliche Vereinbarungen zur Arbeitszeit wichtige Instrumente sein könnten, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Bei den konkreten Maßnahmen wurde zum Beispiel ein „verlässlicher Dienstplan“ genannt. Hier ging es den Teilnehmenden vor allem darum, kurzfristige Sonder-Einsätze (Vertretung bei Krankheit und sonstigen Engpässen) besser zu gestalten, so dass die Beschäftigten trotz Dienstbereitschaft ihre Freizeit planen können und einzelne Fachkräfte nicht übermäßig belastet werden.
- Außerdem forderten die Teilnehmenden die Arbeitgeber dazu auf, über „mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten“ und über „familienfreundliche Arbeitszeiten“ nachzudenken.

- Auf betrieblicher Ebene sollten neben familienfreundlichen Arbeitszeiten weitere „Angebote zur Vereinbarkeit Arbeit / Familie“ entwickelt werden. Gefordert wurde insbesondere ein „Ausbau der Kinderbetreuung“. Die Kinderbetreuung sollte sich am Bedarf der Pflegefachkräfte ausrichten und nicht nur am Tage, sondern auch bei Nachtdiensten zur Verfügung stehen.
- Unterschiedliche Positionen gab es zu den Teilzeit-Beschäftigungen, deren Zahl laut Statistik in der Pflegebranche stark gestiegen ist. Einige Teilnehmende betonten, dass „Teilzeit von Arbeitgebern bevorzugt“ werde, da eine „höhere Flexibilität“ beim Personaleinsatz (Stoßzeiten, Vertretung) möglich sei. Dies sei nicht immer im Interesse der Beschäftigten. Andere Teilnehmende wiesen demgegenüber darauf hin, dass viele Pflegekräfte Teilzeit wünschten, weil sie Zeit für Kindererziehung und Familienarbeit benötigten.
- Nach Ansicht der Teilnehmenden sind außerdem die Fachdebatten über „neue Pflegemodelle“ und „andere Pflegekonzepte“ ein förderlicher Faktor auf dem Weg zu einer Neugestaltung der Pflege. Die „ambulanten Demenz-Wohngemeinschaften“ und die „Umsetzung (der) Bezugspflege“ wurden als Beispiele genannt. Mehrere Teilnehmende wiesen darauf hin, dass eine öffentliche Auseinandersetzung mit neuartigen Pflegekonzepten dazu beitragen könne, die Haltung der Gesellschaft zur Pflege zu überdenken und strukturelle Veränderungen einzuleiten. Es müsse diskutiert werden, was die Gesellschaft in Zukunft von der professionellen Pflege erwarte und welche Qualitätsansprüche erfüllt werden sollten. Eine öffentliche Debatte komme letztlich nicht nur den Pflegekräften, sondern auch den Pflegebedürftigen zu Gute.
- Einige Verbesserungsvorschläge der Teilnehmenden betreffen zwar den betrieblichen Alltag der Pflege, benötigen aber zur Umsetzung mehr oder weniger große Korrekturen auf politischer Ebene. Dazu gehören die Forderungen „Abbau von Bürokratie“ und „Entbürokratisierung aller Daten“. Dies bezieht sich vor allem auf die gesetzlich vorgeschriebenen Dokumentationen, die von vielen Pflegekräften als erhebliche Belastung und als Verlust an Zeit für wichtige Pflegeaufgaben angesehen würden.
- Die Ansicht, dass „bessere Entlohnung“ und „genug Personal“ die Arbeitsbedingungen verbessern, erhielt im Workshop erwartungsgemäß eine breite Zustimmung. Teilnehmende stellten jedoch die Frage, wie groß der finanzielle Spielraum der Arbeitgeber bei Neueinstellungen und Gehaltserhöhungen tatsächlich sei. Der Meinungsaustausch ergab kein eindeutiges Ergebnis. Teilnehmende gaben zu bedenken, dass erhebliche Unterschiede zwischen den Pflegeanbietern hinsichtlich der Beschäftigtenzahl, des Angebotsprofils, der Gehaltsstruktur, der Marktposition und anderer Faktoren bestünden. Der finanzielle Spielraum eines lokalen ambulanten Dienstes mit drei Fachkräften sei wohl kaum zu vergleichen mit dem Handlungsspielraum einer Pflege-Kette, die mehrere Pflegeeinrichtungen mit mehreren hundert Beschäftigten betreibt. Nach Ansicht einiger Teilnehmender wird sich in den Bereichen Entlohnung und Neueinstellungen erst dann etwas verändern, wenn die Politik andere Rahmenbedingungen vorgibt und z. B. die Abrechnungsmodalitäten anders gestaltet.
- Dass strukturelle Veränderungen auf der politischen Ebene und in der Folge bessere Arbeitsbedingungen aktuell durchsetzbar sind, wird von einigen Teilnehmenden bezweifelt. In der Pflegebranche seien die „Strukturen sehr verfestigt“. Außerdem gelte: „Pflege hat keine Lobby.“

Die Teilnehmenden waren darin einig, dass ein Fachkräftemangel im Pflegebereich aktuell bereits bestehe und von Pflegeanbietern auch als Problem wahrgenommen werde, z. B. weil offene Stellen nicht zeitnah besetzt werden könnten. Aus den Beiträgen ergibt sich folgendes Bild zu den Ursachen des Fachkräftemangels und zu Strategien für die Zukunft:

- Die oben beschriebenen Arbeitsbedingungen tragen aus Sicht der Teilnehmenden wesentlich zum Fachkräftemangel bei. Vor allem die „niedrige Bezahlung“ halte viele junge Menschen und besonders die männlichen Interessenten davon ab, einen Pflegeberuf zu wählen. In der Phase der Berufsorientierung böten sich für junge Menschen mit guten Schulabschlüssen, die für Pflegeberufe geeignet wären, andere

Berufsbereiche an, die bessere Gehälter und weniger anstrengende Tätigkeiten versprechen. Im Vergleich zu anderen Berufen schnitten die Pflegeberufe schon aus diesen Gründen schlecht ab.

- Die schlechte Bezahlung hat nach Ansicht der Teilnehmenden aber einen weiteren Effekt. Ein niedriges Gehalt „suggeriert geringen Wert“. In unserer Gesellschaft sei der gesellschaftliche Status eines Berufes auch abhängig von den Verdienstmöglichkeiten. Mit der Wahl eines Pflegeberufes könne ein junger Mensch in seinem Umfeld daher weniger Anerkennung erreichen als mit einem der beliebten Modeberufe, z. B. mit einem Medien- oder Computer-Beruf. Pflegeberufe seien für Jugendliche daher „nicht attraktiv“.
- Äußerungen von PolitikerInnen in den Medien haben nach Ansicht von Teilnehmenden ebenfalls zum negativen Image der Pflegeberufe beigetragen. Der Vorschlag, „Arbeitslose in der Pflege“ einzusetzen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, vermittele den Eindruck: „Jeder kann pflegen!“ In der Öffentlichkeit werde damit die Vorstellung gefördert, eine professionelle Ausbildung, besondere Fachkenntnisse und Kompetenzen seien nicht unbedingt erforderlich, um in der Pflege zu arbeiten. Die meisten jungen Menschen wollten jedoch eine möglichst hohe Qualifikation erwerben, um Aufstiegschancen zu haben. Berufe, die angeblich keine oder nur eine geringe Ausbildung erfordern, seien für sie nicht erstrebenswert.
- Einige Teilnehmende wiesen darauf hin, dass auch die Berichterstattung der Medien über Misshandlungen und Vernachlässigung von Pflegebedürftigen in Pflegeeinrichtungen das Image der Pflegeberufe beschädigt habe. In der Regel werde über erschreckende Einzelfälle ausführlich berichtet. Über das Engagement der Pflegekräfte, über die positiven Erlebnisse im Alltag und über die Freude, die Pflegebedürftige und Pflegekräfte durch ihren engen menschlichen Kontakt miteinander empfinden, werde dagegen nicht öffentlich berichtet.

Die Teilnehmenden schlugen folgende Strategien zur „Verbesserung des Images des Berufsbildes“ vor:

- Bessere Information in Schulen: Durch „mehr Aufklärung in den Schulen über den Pflegeberuf“ soll das Interesse junger Menschen geweckt werden. Dabei sollten nicht nur die Voraussetzungen zum Einstieg in Pflegeberufe, sondern auch die „Vorteile des Berufs“ dargestellt werden. Unter anderem sollten die „Aufstiegsmöglichkeiten“ für qualifizierte Fachkräfte und weitere Karrierechancen im Gesundheitswesen geschildert werden. Außerdem müsse deutlicher werden, was die „Fachlichkeit des Berufs“ ausmache. Nicht zuletzt sollte jungen Menschen vermittelt werden: „Der Beruf macht Spaß.“
- Einblick in die Praxis ermöglichen: Die Teilnehmenden plädierten dafür, Praktika und ehrenamtliche Tätigkeiten in der Pflege stärker zu fördern. Man müsse „Anreize schaffen“, die vor allem junge Menschen dazu motivierten, die Praxis der professionellen Pflege kennenzulernen und zu erproben, ob dieser Berufsbereich für sie geeignet sei. Als Beispiel wurde die „Taschengeldbörse“ genannt. Einige Teilnehmende betonten: „Ehrenamtliche können Fachkräfte nicht ersetzen.“ Aber man könne häufig beobachten, dass eine „Motivierung über (das) Ehrenamt“ stattfinde. Durch ehrenamtliches Engagement steige bei jungen Menschen häufig das Interesse an einer qualifizierten Ausbildung im Pflegebereich.
- „Bessere Weiterbildungsmöglichkeiten“: Die gesetzlich vorgesehenen obligatorischen Fortbildungen sind nach Ansicht der Teilnehmenden nicht ausreichend. Eine Verbesserung der Weiterbildungsangebote fördere die Bereitschaft der Pflegekräfte länger im Beruf zu bleiben. Damit könne ein drohender Fachkräftemangel zumindest teilweise aufgefangen werden. Außerdem seien gute Weiterbildungsangebote auch ein Instrument, um Auszubildende zu gewinnen.
- „Mehr Personal“: Einige Teilnehmende betonten, dass in vielen Pflegeeinrichtungen schon jetzt zu wenige Fachkräfte beschäftigt seien. Dies führe zu einer extremen Belastung und zu einem „Verschleiß“ der vorhandenen Fachkräfte und damit zu vielen Krankmeldungen, die wiederum dazu führten, dass noch weniger qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stünden. Diese Situation könne nur durch die Einstellung von mehr Personal verändert werden.

- „Soziale Komponente stärken“: Einige Teilnehmende erklärten, dass die soziale Komponente des Berufsbildes, also die psycho-sozialen Aufgaben der Pflege, allmählich zurückgedrängt und nicht ausreichend beachtet werde. Das Berufsbild der Pflege werde dadurch reduziert und sei weniger attraktiv für junge Interessenten, die mit ihrer Berufstätigkeit auch ethische Werte und soziales Engagement verbinden. Um neue Fachkräfte zu gewinnen, sei es daher notwendig, die sozialen Aspekte der Pflege wieder stärker in den Vordergrund zu stellen.
- „Weniger Orientierung an Ökonomie“: Nach Ansicht der Teilnehmenden wird der Pflegebereich inzwischen überwiegend unter ökonomischen Aspekten betrachtet und gestaltet. Fragen zu den Kosten und zu Einsparungen bestimmten die öffentlichen Debatten und auch die Praxis der Pflege. Um neue Fachkräfte zu gewinnen, müsse die starke Ausrichtung an ökonomischen Vorgaben zumindest verringert werden. Ansonsten sei eine wirksame Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht möglich.
- „Mehr Geld (Steuern) für Pflege“: Einige Teilnehmende vertraten die Ansicht, dass die notwendige Neugestaltung des Pflegebereichs letztlich nur durch mehr finanzielle Ressourcen aus dem Steueraufkommen zu erreichen sei.

Innovative Angebote für eine „gute Pflege“

Fachkräfte zu gewinnen ist eine zentrale Voraussetzung für „gute Pflege“. Eine „gute Pflege“ verlangt aber auch gute innovative Angebote. Es geht um Angebote im Vorfeld der Pflege (z.B. altengerechte Wohnkonzepte im Quartier), Konzepte wohnortnaher Pflege, differenzierte Tagespflege, Nachtpflegeangebote, Angebote zur Wochenendpflege usw. Auch im Kreis Recklinghausen muss die Angebotspalette im Sinne der Prämisse „ambulant vor stationär“ ausgebaut werden.

Dies setzt quartiersbezogene Konzepte voraus. Der Wunsch, im Alter trotz zunehmender Pflegebedürftigkeit möglichst lange im eigenen Wohnumfeld wohnen zu bleiben, muss zum Maßstab einer Vision „Pflege 2030“ werden. Zentrale Bedingung dafür sind der Erhalt und der Ausbau von bestehenden quartiersbezogenen Unterstützungsstrukturen. Dies gilt insbesondere für benachteiligte Quartiere, in denen die Gefahr besteht, dass Strukturen wie das Quartiersmanagement bei auslaufender Förderung wegbrechen. Bei einer älter werdenden Bevölkerung müssen diese Strukturen nicht nur erhalten, sondern auch stärker auf den demografischen Wandel bezogen werden.

Dazu gehören ganz wesentlich die Beratungsstellen für die Pflege, die es in allen 10 Städten des Kreises gibt. Neben den Beratungsstellen, die bei Trägern angesiedelt sind, bieten die trägerunabhängigen Stellen bisher schon ein gutes Beratungsnetzwerk für die Altenpflege. Es steht zu befürchten, dass dieses Netzwerk angesichts der prekären Haushaltslagen in den Kommunen ausgedünnt wird. Angesichts der wachsenden Aufgaben ist aber, wenn wir von Pflege 2030 reden, eine Erweiterung der Aufgaben der Beratungsstellen nötig:

- Sie müssen kompetent zu allen sich erweiternden Angeboten der ambulanten Pflege sowie der Pflegeselbsthilfe beraten können.
- Sie müssen sich stärker auf die künftige Vielfalt der Kundinnen und Kunden der Altenpflege ausrichten.
- Sie müssen beratungskompetent sein bezüglich der Angebote im Vorfeld der Pflege, also zu allen Fragen, die für ältere Menschen in den Städten und Quartieren relevant sind, unabhängig davon, ob sie pflegebedürftig sind.

Eine weitere Voraussetzung für eine „gute Pflege“ ist die Sicherstellung einer kontinuierlichen und problemadäquaten Bedarfsplanung. Hier hat der Kreis Recklinghausen mit der Erstellung einer verbindlichen

Pflegebedarfsplanung einen wichtigen Schritt getan. Eine „örtliche Planung“, die weitere relevante Felder wie „Wohnen im Alter“ und „kulturkompetente Pflege“ einschließt, wird 2016 erstellt. In ein paar Jahren werden

alle relevanten Politikfelder in die jährliche Bedarfsplanung einbezogen. Eine Pflegeplanung 2030 soll dann auf eine regelmäßig erstellte quartiersbezogene Datenbasis zurückgreifen können.

Kulturkompetente Angebote für eine schnell wachsende Zielgruppe

Ältere Migrantinnen und Migranten sind in den nächsten Jahren die Bevölkerungsgruppe mit den höchsten Wachstumsraten. Die ambulanten und die stationären Pflegeanbieter werden sich deutlicher als bisher darauf einrichten müssen. Kulturkompetenz wird in der Altenpflege immer wichtiger, auch im Umgang mit den älteren Menschen der Mehrheitsgesellschaft, die ja auch differenzierte kulturelle Hintergründe haben.

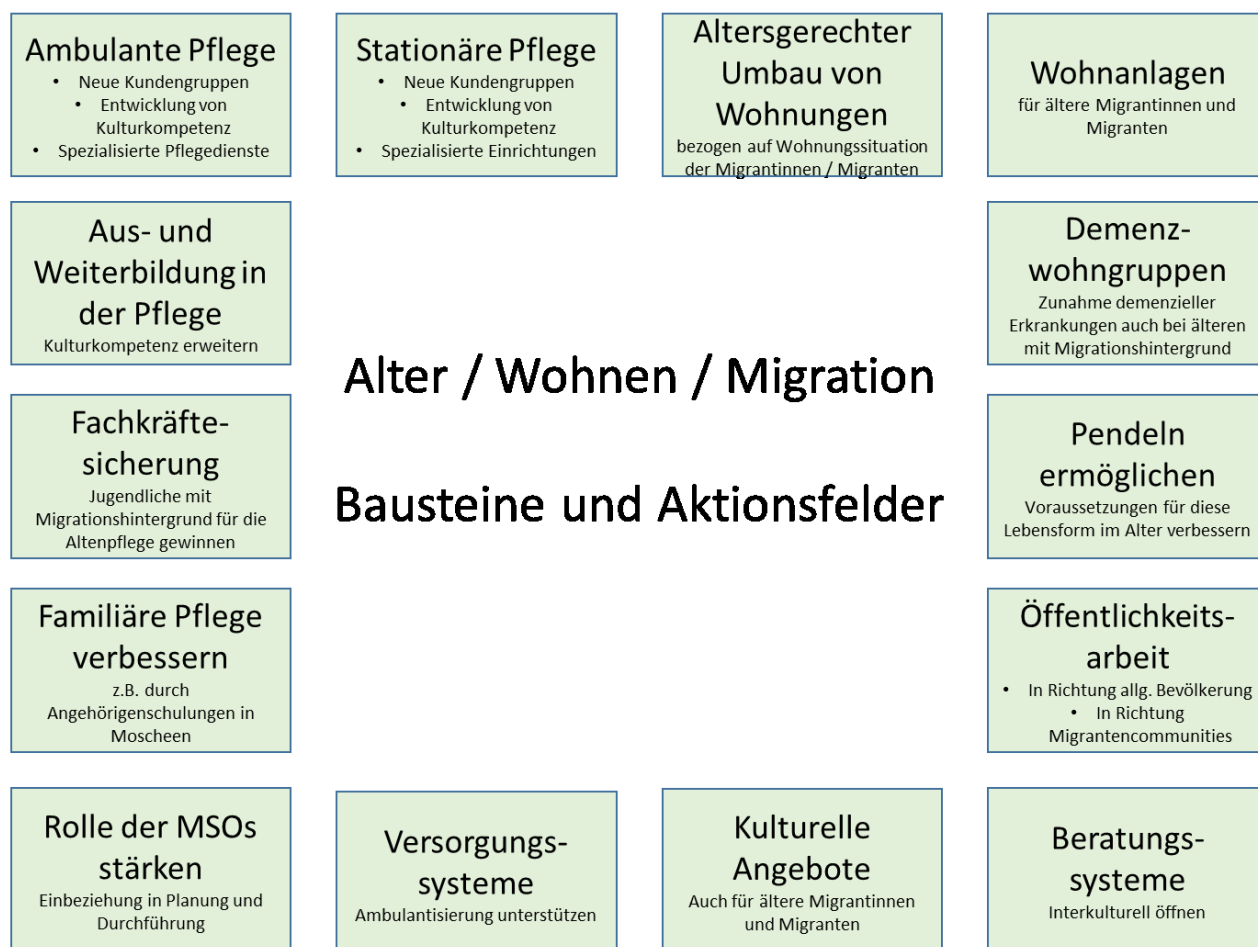
Es geht aber nicht nur um Pflege. Die meisten älteren Menschen mit Migrationshintergrund werden, wie auch die Einheimischen, nicht pflegebedürftig sein und entsprechend Ansprüche an einen zufriedenen Lebensabend haben. Die Lebenssituation älterer Menschen mit Migrationshintergrund unterscheidet sich in einigen Aspekten aber deutlich von der Situation einheimischer Älterer. Viele ältere Migranten versuchen z.B. zwischen ihrem Heimatland und der neuen Heimat in Deutschland zu pendeln. Hier bedarf es unter Umständen angepasster Angebote der Kommune, die solche Lebensformen erleichtern.

Im Rahmen des Projektes Zukunftsstadt war das Thema „Ältere Migrantinnen und Migranten“ Teil des Themenkomplexes „Pflege 2030“. Es wurde dabei schnell klar, dass das Thema Pflege nicht losgelöst betrachtet werden kann von den anderen Lebensumständen älterer Menschen mit Migrationshintergrund im Kreis Recklinghausen. Die Diskussionen waren zudem anschlussfähig zu aktuellen Debatten und Planungen im Kommunalen Integrationszentrum (KI) des Kreises Recklinghausen.

Das KI hat vor zwei Jahren den Bereich „Ältere Menschen mit Migrationshintergrund“ zu einem zentralen Handlungsfeld für die kommenden Jahre gemacht. In diesem Zusammenhang sind Vorschläge entwickelt worden, in welche Richtungen die Diskussionen in den nächsten Jahren zur Integration der Älteren mit Zuwanderungsgeschichte in die Seniorenarbeit und in das Pflegesystem des Kreises Recklinghausen gehen sollen. Dabei ist von folgenden Ausgangspunkten auszugehen:

- Die Integration älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in das soziale, kulturelle und politische Leben ist im Kreis Recklinghausen bisher unbefriedigend.
- Das Pflegesystem ist nicht genügend darauf vorbereitet, Pflegebedürftige mit Zuwanderungsgeschichte zu versorgen.
- Das Beratungssystem muss verbessert werden, weil ältere Migrantinnen und Migranten es nicht ausreichend in Anspruch nehmen.
- Auch in Migrantenselbstorganisationen ist das Thema noch selten bearbeitet worden.
- Ältere Migrantinnen und Migranten sollen stärker in das soziale, politische und kulturelle Leben im Kreis Recklinghausen integriert werden.
- Das Pflegesystem und die Beratungsstellen sollen stärker kulturkompetent aufgestellt werden.
- Migrantenselbstorganisationen sollen eine zentrale Aufgabe bei der Integration spielen.
- Das Thema „Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ soll künftig in den politischen Debatten im Kreis Recklinghausen eine wichtigere Rolle spielen.

Das folgende Schaubild skizziert die Themenfelder, die in den nächsten Jahren bearbeitet werden sollen:



Einer der Bürgerworkshops des Projektes Zukunftsstadt zum Thema Pflege richtete sich an eine Personengruppe mit Migrationshintergrund. Eingeladen hatte die Alevitische Gemeinde in Marl. Auf dem Workshop zeigte sich, wie gering die Kenntnisse der Teilnehmenden über das deutsche Pflegesystem sind und wie hoch der Informationsbedarf ist. Hier geht es zunächst einmal darum, die Voraussetzung für Partizipation zu schaffen.

3. Fazit:

Eine Vision 2030, bei der Bürgerbeteiligung eine zentrale Rolle spielen soll, hat im Ausgangspunkt mehrere Probleme zu beachten:

1. Sie muss „visionäre“ auf den ersten Blick unrealistische Ziele zulassen. Eine Engführung der Blickrichtung auf das scheinbar Realistische und nicht zu Ändernde führt gerade in Regionen wie dem nördlichen Ruhrgebiet zu Denkblockaden. Sicher scheint es utopisch zu sein, in der Emscher-Lippe-Region bis 2030 „Vollbeschäftigung“ wieder herstellen zu wollen. Sicher ist es vermessen, sich den Kreis Recklinghausen im Zuge der Digitalisierung als Vorzeigeregion für Industrie 4.0 vorzustellen. Und sicher erscheint es wenig zielführend, Ziele zu formulieren, die nur auf Bundesebene gelöst werden können, wie bei vielen Problemen der Altenpflege. Dennoch: Ohne solche als utopisch erscheinenden Ziele verstärkt man gerade in unserer Region eine auf die Vergangenheit fixierte Mentalität, die Innovationen erschwert.
2. Das heißt nicht, nach der Pipi Langstrumpf-Methode vorzugehen: „Wir machen uns die Welt, wie sie uns gefällt“. Bei Zielen muss anschließend immer auch der Weg (oder besser: es müssen die Wege) dahin

thematisiert werden. Auch im Rahmen der Bürgerbeteiligung. Am Beispiel der Vorschläge zur Behebung des Fachkräftemangels in der Altenpflege kann man sehen, wie unterschiedlich und sich wechselseitig ergänzend diese sein können. Es sind Wege, die im Bund oder in der Region gangbar sind, in Pflegeeinrichtungen oder in der Ausbildung. Erst in der Zusammenschau ergibt sich ein mögliches realistisches Konzept, das nun weiterentwickelt und damit auf Praxistauglichkeit geprüft werden kann.

3. Bürgerbeteiligung ist insbesondere in unserer Region keine formatierbare Veranstaltung. Es gibt kein „best practice“, das man einfach anwenden könnte. Das fängt an bei der Öffentlichkeitsarbeit. Der Kreis Recklinghausen besteht aus 10 sehr unterschiedlich geprägten Städten. In Dorsten liest man andere Zeitungen als in Gladbeck. Kreisweite Ereignisse finden auf den Lokalseiten der Zeitungen selten statt. Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund haben häufig eigene Kommunikationsmedien. Eine zentrale Ansprache ist deshalb schwierig. Auch Ansprachen über das Internet und soziale Medien sind sicher sinnvoll aber auch sehr selektiv. Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit müssen daher dieser Vielfalt gerecht werden.
4. Letztlich will das Projekt „Zukunftsstadt“ ein „Gesamtbild“ der Zukunft des Kreises entwickeln, bzw. daran mitstricken. Eine solche Vision 2030 ist aber nicht möglich, ohne die Visionen der Vergangenheit und der Gegenwart zu berücksichtigen. In vielen Gesprächen und Papieren wird immer wieder auf eine bestimmte Mentalität hingewiesen, die einer positiven Zukunftsvision im Wege steht. Diese, häufig auch dem gesamten Ruhrgebiet zugeschriebene Mentalität, lässt sich wiederum als Bündel von Narrationen beschreiben, die die Region, das Denken und Handeln der Bewohner zum Teil prägen.
5. Eine realistische Vision 2030 kann also nicht einfach Wünsche formulieren. Sie darf kein Luftschloss sein. Sie muss vor dem Hintergrund der bestehenden Narrationen und daran gebundene Mentalitäten ein positives „Gesamtbild“ entwickeln – ohne diese zu affirmieren. Dies geht unter anderem durch neue, aber auch anschlussfähige Narrationen und veränderte Mentalitäten. Diese können nicht erfunden werden sondern müssen sich entwickeln. Auch deshalb ist Bürgerbeteiligung so wichtig. Dies zu berücksichtigen, wird unter anderem Aufgabe in der möglichen nächsten Phase des Projektes „Glückauf in die Zukunft“ sein.

4. Anhang Presseauswahl

Wettbewerb sucht die Stadt der Zukunft. BMBF wählt 52 Kommunen und Kreise aus. Stadtspiegel v. 03.06.2015

Glückauf in die Zukunft – Bildung 2030. Einladung Bürgerworkshop, 23.11.2015

Glückauf in die Zukunft – Bildung 2030. Einladung Bürgerworkshop, Ankündigung. Der Westen Online, 12.11.2015

Glückauf in die Zukunft – Bildung 2030. Bürgerworkshop, Presseeinladung und Presseveröffentlichung
Hertener Allgemeine u. Stadtspiegel

Glückauf in die Zukunft – Bildung 2030. Bürgerworkshop, Stadtspiegel v. 11.11.2015

Einladung Industrie 4.0, Wirtschaft 4.0, Schule 4.0 am 17.03.2016 im BK Ostvest, Datteln

Digitale Arbeitswelt erfordert neue Kompetenzen, WAZ, 31.3.2016

Glückauf in die Zukunft – Bildung 2030. Präsentation RVR-Konferenz Zukunftsstadt in Essen, 23.10.2015

Glückauf in die Zukunft – Bildung 2030. Beste Bildung, Gute Pflege, Arbeit für alle. Plakat für Zukunftsstadt-Konferenz in Berlin, 22./23.2.2016

Wettbewerb sucht die Stadt der Zukunft

Bundesforschungsministerium wählt 52 Kommunen und Kreise aus

Wie sehen die Stadt und der Kreis von morgen aus? Um diese Frage geht es im Wettbewerb „Zukunftsstadt“, den das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Wissenschaftsjahr 2015 startet.

52 ausgewählte Städte, Gemeinden und Kreise entwickeln dafür gemeinsam mit Bürgern, Wissenschaft, lokaler Politik, Wirtschaft und Verwaltung eine ganzheitliche und nachhaltige Vision 2030+ für ihre Kommune. In Dresden gab heute Bundesforschungsministerin Johanna Wanka die Namen der 52 geförderten Kommunen bekannt - der Kreis Recklinghausen ist dabei.

„Unser Ziel ist es, Menschen vor Ort ins Gespräch über die Zukunft ihrer Stadt zu bringen und gemeinsam neue Ideen zu entwickeln“, erläuterte Johanna Wanka den Wettbewerb Zukunftsstadt. „Darüber freue ich

mich sehr. Wir brauchen Ideen, wie der Kreis Recklinghausen sich entwickeln soll, um jungen Menschen in unserer Region eine gute Zukunft zu ermöglichen. Das ist unser Auftrag“, sagt Landrat Cay Süberkrüb.

Nachhaltig lebenswert

In der ersten Phase des Wettbewerbs werden die Kommunen und Kreise im Bürgerbeteiligungsprozess eine Vision mit dem Zeithorizont 2030+ für ihre Kommune entwickeln und Handlungs- bzw. Umsetzungsvorschläge erarbeiten. 1,75 Millionen Euro stellt das Bundesforschungsministerium dafür insgesamt bereit. In der zweiten Phase ab 2016 prüfen bis zu 20 ausgewählte Kommunen diese Vorstellungen wissenschaftlich und erarbeiten ein umsetzungsreifes Konzept. In der

dritten Phase ab 2018 werden schließlich bis zu acht ausgewählte Kommunen erste innovative in die Praxis umsetzen.

Der Wettbewerb „Zukunftsstadt“ zeigt, wie Bürger und Forschung schon heute dazu beitragen können, Städte nachhaltig lebenswert zu gestalten. Bürger, Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung entwickeln gemeinsam Visionen für die Zukunft ihrer Kommunen und erproben diese vor Ort: Es geht um sichere Energie, um klimaangepasstes Bauen, bezahlbares Wohnen, um Arbeiten, Freizeit, Kultur, Bildung, Mobilität und vieles mehr. Der Wettbewerb „Zukunftsstadt“ startet im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2015 – Zukunftsstadt, einer Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gemeinsam mit Wissenschaft im Dialog (WiD).

- 16:30 Uhr Workshops - zweite Runde**
In *World Cafés* werden Kern-
themen der ersten Runde
intensiver bearbeitet.
- 17:15 Uhr Fazit und Ausblick**
Dr. Hans Uske
RISP-Universität Duisburg/Essen
- Präsentation Graphic Recording**
Wenn Worte zu Bildern werden.
- 18:00 Uhr Ende der Veranstaltung**

Veranstaltungsort
Bürgerhaus Herten-Süd
Hans-Senkel-Platz 1
45699 Herten

Anmeldung
Bitte bis zum 18. November [hier](#) oder über
<http://www.kreis-re.de/zukunftsstadt/>

Ansprechpartner
Kreis Recklinghausen
Fachbereich Gesundheit, Bildung u. Erziehung
Telefon: 02361-53 2440
E-Mail: Bildungsbuero@kreis-re.de



Zukunftsstadt

Glückauf in die Zukunft

Bildung 2030

EINLADUNG zum Bürgerworkshop

Montag, 23. November 2015
Bürgerhaus Herten-Süd



Eine Initiative des Bundesministeriums
für Bildung und Forschung

Wissenschaftsjahr 2015

Zukunftsstadt



**KREIS
RECKLINGHAUSEN**
DER VESTISCHE KREIS

Liebe Bürger/innen,

beim Bundeswettbewerb *Zukunftsstadt* (Zukunftskreis) *Glückauf in die Zukunft* geht es um kommunale Zukunftsvisionen. Wir sind mit 51 Städten und Kreisen im Bundesgebiet ausgewählt worden. In einer ersten Phase sollen sich Experten/innen und Bürger/innen mit dem zentralen Thema *Zukunft der Bildung* beschäftigen. Wie können wir zur Vision **Beste Bildung für alle** bis 2030 beitragen, was müssen wir entwickeln, was weiterführen, was neu denken, was... ?



Der Bürgerworkshop soll gemeinsame Strategien und Maßnahmen aufzeigen, die wir in den 15 Jahren bis 2030 umsetzen und verwirklichen können, um beste Voraussetzungen einer guten Bildung zu ermöglichen.

Im Vorfeld sind für den Bürgerworkshop die Themen Frühe Bildung im Stadtteil, Flüchtlinge und Inklusion ausgewählt worden, deren erfolgreiche Bearbeitung zum Gelingen von Bildungsgerechtigkeit wesentlich beitragen wird. Danke für Ihre Mitwirkung, denn Bürgerbeteiligung für Bildungsgerechtigkeit bedeutet immer auch eine Übernahme von Verantwortung und Mitwirkung für den eigenen Stadtteil, das Quartier, die eigene Stadt und den Kreis.

Cay Süberkrüb

Cay Süberkrüb
Landrat

Programm

- 14:30 Uhr** **Ankommen und erste Gespräche**
bei einer Tasse Kaffee/Tee
- 15:00 Uhr** **Begrüßung**
Dr. Uli Paetzel
Bürgermeister Stadt Herten
Cay Süberkrüb
Landrat Kreis Recklinghausen
- 15:10 Uhr** **Moderierter Einstieg in den Bürgerworkshop**
Dr. Richard Schröder
Kreis Recklinghausen
Fachbereichsleiter Gesundheit,
Bildung u. Erziehung



- Workshop 1:** 2030: Bildungsgerechtigkeit in der Frühen Bildung nahezu erreicht! Was haben wir seit 2015 unternommen?
- Workshop 2:** 2030: Zuwanderer und Flüchtlinge sind integriert! Wie haben wir das seit 2015 geschafft?
- Workshop 3:** 2030: Inklusion wird gelebt! Was haben wir in unserer Stadt und in unserem Kreis zum Gelingen seit 2015 beigetragen?
- 16:15 Uhr** **Pause**

Einladung Bürgerworkshop 23. Nov. 2015

<http://www.derwesten.de/staedte/gladbeck/glueckauf-fuer-die-zukunft-bildung-2030-aimp-id11277982.html>

Glückauf für die Zukunft – Bildung 2030

12.11.2015 | 08:09 Uhr

Landrat Cay Süberkrüb und der Hertener Bürgermeister Dr. Uli Paetzel laden zum kreisweiten Workshop „Glückauf in die Zukunft - Bildung 2030“ am Montag, 23. November 2015, ab 14.30 Uhr im Bürgerhaus Süd in Herten ein. Bildungsgerechtigkeit, Integration und Inklusion sind die Themen des Workshops, der allen Bürgerinnen und Bürgern aus dem Kreis Recklinghausen die Chance zum Dialog bieten soll.

Wie können wir alle zur Vorstellung einer „Besten Bildung für alle“ beitragen? Und wo müssen wir neue Ideen entwickeln, um diese Vision bis 2030 umsetzen zu können? Der Workshop bietet den Raum zur Diskussion dieser Fragen. „Es ist mir wichtig, dass wir möglichst viel über die Erwartungen und Wünsche der Bürger erfahren“, sagt Landrat Cay Süberkrüb. „Nur so können wir unserem Ziel ‚Beste Bildung für alle‘ näherkommen.“

Bildungsgerechtigkeit in der Frühen Bildung im Stadtteil, die Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen in die Gesellschaft oder auch die Inklusion – das sind die Themen des Treffens. „Ich würde mich sehr freuen, wenn sich viele Bürger mit ihrem Wissen und Engagement einbringen und sich damit für den eigenen Stadtteil, das Quartier, die eigene Stadt und den Kreis Recklinghausen einsetzen“, sagt Landrat Cay Süberkrüb. Am Wettbewerb „Zukunftsstadt“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung nehmen bundesweit 52 Kommunen teil.

Weitere Informationen und die Anmeldung finden Sie auf: www.kreis-re/zukunftsstadt

Einladung Bürgerworkshop-Der Westen Online 12. Nov. 2015

„Wir wollen in die nächste Wettbewerbs-Runde“

Projekt „Zukunftsstadt“: Workshop des Kreises zur Bildung im Jahr 2030



Gemeinsam mit Vertretern von Schulen, Kitas, Verwaltung und Politik diskutierten Richard Schröder (r.), Fachbereichsleiter Gesundheit, Bildung und Erziehung des Kreises und Dr. Hans Uske (3. v. r.) vom Rhein-Ruhr-Institut der Uni Duisburg die Frage wie „Beste Bildung für alle“ bis 2030 Wirklichkeit werden kann. Für Herten nahm Jörg Kersten, Bereichsleiter Schule der Stadt (2. v. r.), an dem Workshop im Bürgerhaus Süd teil. —FOTO: KLEINE

VON OLIVER KLEINE

HERTEN/KREIS. Wie sieht Bildung im Jahr 2030 aus? Und was wären geeignete Maßnahmen und Projekte, damit die Situation in der Region in 15 Jahren besser ist, als heute? Diese und weitere Fragen diskutierten im Bürgerhaus Süd 30 Teilnehmer eines Bürgerworkshops der Kreisverwaltung.

Dabei geht es nicht um Science-Fiction. Eine Botschaft der Diskussionsrunde war: „Wir fangen nicht bei null an.“ An vielen Orten seien bereits Innovationen im Bildungsbereich entwickelt worden. Zum Beispiel bei der Sprachförderung oder bei der Unterstützung von Eltern. Solche Beispiele sollten, so die Teilnehmer, im ganzen Kreis Schule machen. Bei den Kindertageseinrichtungen seien noch Verbesserungen möglich, insbesondere beim Übergang in die Schule.

Ein wichtiges Thema war die aktuelle Frage, wie Flüchtlinge in das Bildungssystem besser integriert werden können. Auch hier wurde deutlich, dass vieles schon geschieht, von der Sprachförderung bis hin zu Ansätzen zur beruflichen Integration. Es fehle aber noch die nötige Koordination und Vernetzung der vielen Helfer.

Und häufig fehle auch der Wille zu unkonventionellen Maßnahmen, stellten die Workshop-Teilnehmer fest. „Warum stehen in Kindertageseinrichtungen abends Räume leer, die zum Beispiel für Kinder-Sportangebote genutzt werden könnten?“, fragte einer. Hier müssten bürokratische Hürden abgebaut werden, lautete das Fazit.

Bei dem Workshop ging es um Bürgerbeteiligung. Tatsächlich waren aber vor allem Experten aus Schulen, Kitas, Verwaltung und Politik anwesend, wie Richard Schröder, Fachbereichsleiter Gesundheit, Bildung und Erziehung

des Kreises abschließend feststellte.

„Es muss darum gehen, künftig auch Eltern, Schüler und interessierte Bürger in die Diskussion um die Zukunft der Bildung einzubeziehen. Und wenn es um Flüchtlinge und Inklusion geht, gehören auch die betroffenen Gruppen dazu“, sagte Richard Schröder.

Acht Konzepte werden gefördert

Der Workshop ist Teil einer Veranstaltungsreihe, die der Kreis im Rahmen des Projektes „Zukunftsstadt“ durchführt. Bei dem Projekt, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird, geht es um kommunale Zukunftsvisionen.

Von 168 Projektideen aus Städten, Gemeinden und Landkreisen wurden 52 Projekte für den Wettbewerb „Zukunftsstadt“ ausgewählt, unter anderem der des Kreises

Recklinghausen. Bis März 2016 sollen Experten und Bürger der Frage nachgehen: Wie sieht eine positive Vision der Zukunft des Kreises aus?

Bildung ist aber nur eines der drei Themenfelder, die behandelt werden. Das Projekt des Kreises heißt „Glück auf in die Zukunft“. Das letzte Bergwerk im Kreis schließt noch in diesem Jahr. Die Zukunft von Wirtschaft und Arbeit ist ungewiss, auch angesichts des technischen Fortschritts. Ein weiterer Workshop behandelt daher die „Digitalisierung“. Ein drittes Thema ist die Altenpflege und wie „Pflegenotstand“ vermieden werden kann.

In die nächsten Runde des Wettbewerbs werden von jetzt 52 noch 20 Städte und Kreise einziehen. In der dritten Runde sind es noch acht Kommunen, deren Ideen dann vom Bund finanziert werden sollen. „Unser Ziel ist es, die nächste Runde zu erreichen – mindestens“, betont Richard Schröder.

Glückauf in die Zukunft

Einladung zum kreisweiten Bürgerworkshop

Landrat Cay Süberkrüb und Hertens Bürgermeister Dr. Uli Paetzel laden zum kreisweiten Workshop „Glückauf in die Zukunft - Bildung 2030“ am Montag, 23. November, ab 14.30 Uhr im Bürgerhaus Süd in Herten ein.

Bildungsgerechtigkeit, Integration und Inklusion sind

die Themen des Workshops, die allen Bürgern aus dem Kreis Recklinghausen die Chance zum Dialog bieten soll.

Wie können wir alle zur Vorstellung einer „Besten Bildung für alle“ beitragen? Und wo müssen wir neue Ideen entwickeln, um diese Vision bis 2030 umsetzen zu können?

Der Workshop bietet den Raum zur Diskussion dieser

Fragen. „Es ist mir wichtig, dass wir möglichst viel über die Erwartungen und Wünsche der Bürger erfahren“, sagt Landrat Cay Süberkrüb. „Nur so können wir unserem Ziel ‚Beste Bildung für alle‘ näherkommen.“ Bildungsgerechtigkeit in der Frühen Bildung im Stadtteil, die Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen in unsere Gesellschaft oder Inklusion – das sind Themen, für

die nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort Zukunftsstrategien entwickelt und umgesetzt werden können.

Gemeinsam vor Ort

„Ich würde mich sehr freuen, wenn sich viele Bürger mit ihrem Wissen und Engagement einbringen und sich damit für den eigenen Stadtteil, das Quartier, die

eigene Stadt und den Kreis Recklinghausen einsetzen“, sagt Landrat Cay Süberkrüb.

Am Wettbewerb „Zukunftsstadt“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung nehmen bundesweit 52 Kommunen teil. Hier sollen sich Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit ausgewiesenen Fachleuten mit dem zentralen Thema „Zukunft der Bildung“ beschäftigen.

Mittwoch, 11. November 2015



Dr. Richard Schröder, Fachbereichsleiter Gesundheit, Bildung und Erziehung, und Marit Rullmann, Fachdienstleiterin Bildung. Foto: Kreis RE

Einladung Bürgerworkshop im Stadtspiegel 11. Nov. 2015

EINLADUNG

INDUSTRIE 4.0, WIRTSCHAFT 4.0, SCHULE 4.0

17.03. 2016 | 16.30 Uhr im Forum des Berufskollegs Ostvest



BERUFSKOLLEG OSTVEST
Technik | Wirtschaft | Informatik

PROKOM 4.0
Kompetenzmanagement für die Facharbeit
in der High-Tech-Industrie


**KREIS
RECKLINGHAUSEN**
DER VESTISCHE KREIS



ANMELDUNG

bitte per E-Mail an: Industrie4.0@bk-ostvest.de

BERUFSKOLLEG OSTVEST

Hans-Böckler-Straße 2
45711 Datteln

Tel.: 02363 378-0
E-Mail: mail@bk-ostvest.de
www.bk-ostvest.de

ABLAUF

Begrüßung: Juliane Brüggemann (Schulleiterin)
Grußwort: Cay Süberkrüb (Landrat Kreis Recklinghausen)

Beiträge von
Dr. Wilfried Plaß (Beckhoff GmbH) „Industrie 4.0: konkret umgesetzt“
Klaus Hermsen (Celano GmbH Bottrop) „Anforderungen von Industrie 4.0 an IT-Dienstleister“

Gesprächsrunde: „Industrie 4.0 gestalten“

INDUSTRIE 4.0, WIRTSCHAFT 4.0, SCHULE 4.0

Was verbirgt sich hinter diesen Begriffen? Welche Voraussetzungen müssen in der Region und in der Schule vorhanden sein, um die Ausbildung der Zukunft gewährleisten zu können?
Mit dieser Veranstaltung versuchen wir, erste Antworten auf diese spannenden Fragen zu finden.

Unterstützt von PROKOM beteiligen wir uns an dem Projekt des Kreises Recklinghausen „Glückauf in die Zukunft“ im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Zukunftsstadt“.

Einladung Industrie 4.0, Wirtschaft 4.0, Schule 4.0

Digitale Arbeitswelt erfordert neue Kompetenzen

Fachtagung des Kreises zur „Industrie 4.0“ mit Blick auf Anforderungen an Ausbildung

Die digitalisierte Arbeitswelt schafft neue Anforderungen, die auch die Ausbildung junger Menschen beeinflusst – eine Herausforderung, die zur Chance werden kann. Darüber tauschen sich auf Einladung des Kreises Recklinghausen Akteure aus Industrie, Wirtschaft, Bildung aus.

Ob in Handel, Industrie oder Handwerk: in allen Wirtschaftsbereichen werden zunehmend Arbeits-

prozesse digitalisiert, Prozesse zentral gesteuert und Produkte im Zusammenspiel von Mensch und Maschine gefertigt. Diese veränderten Bedingungen der digitalen Arbeitswelt wirken sich auf den Bildungsbereich aus, in dem neue Kompetenzen für das spätere Berufsleben vermittelt werden müssen.



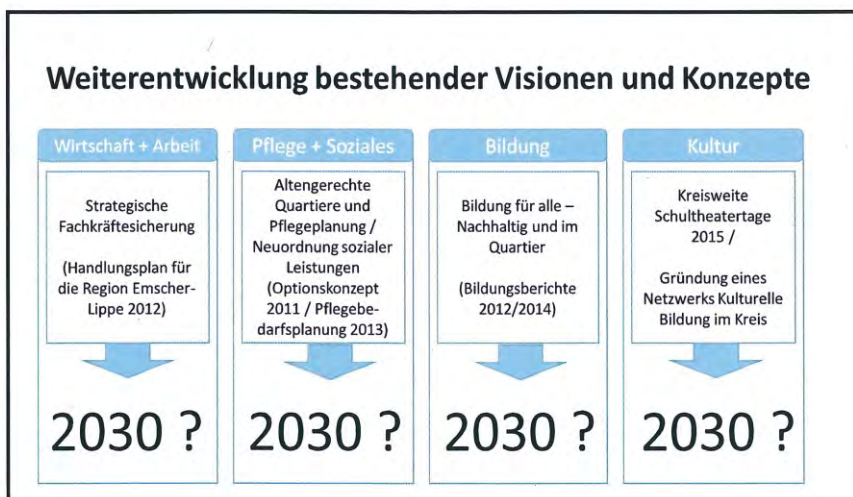
Landrat C. Süberkrüb
FOTO: OM

„Die Anforderungen der Berufswelt verändern sich ständig“, sagte Landrat Cay Süberkrüb. „Daran müssen wir unsere Vorstellung von Lernen und Bildungsgängen anpassen, um junge Menschen fit für den Beruf zu machen.“ Daher investiere der Kreis als Schulträger stetig in die Berufskollegs, damit diese den

neuen technischen Anforderungen entsprechen. Süberkrüb: „Wir wollen den Schülern die beste Bildung und damit den besten Start ins digitalisierte Berufsleben ermöglichen.“ Die Veranstaltung „Industrie 4.0, Wirtschaft 4.0, Bildung 4.0“ war ein Beitrag zum Projekt „Glückauf in die Zukunft – Kreis Recklinghausen 2030“ im Rahmen des Bundeswettbewerb „Zukunftsstadt“.



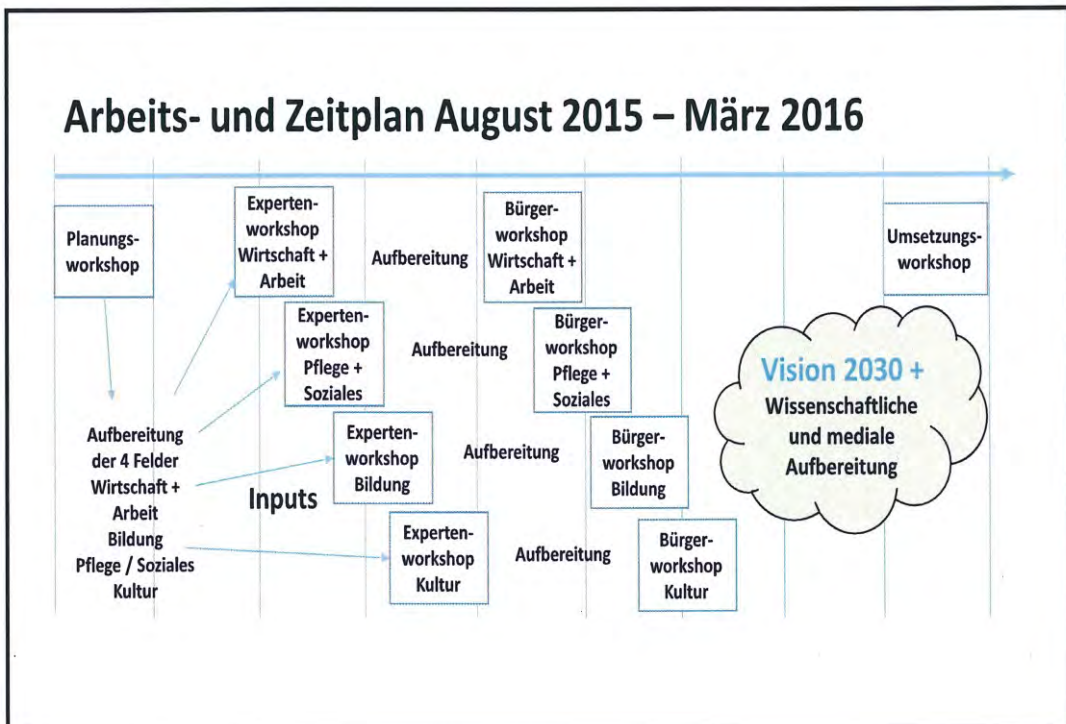
„Glückauf in die Zukunft“ Kreis Recklinghausen 2030



Mögliche Weiterentwicklung der Bildungsmaßnahmen im Kreis Recklinghausen



Arbeits- und Zeitplan August 2015 – März 2016



BESTE BILDUNG, GUTE PFLEGE, ARBEIT FÜR ALLE GLÜCKAUF IN DIE ZUKUNFT



Die Region braucht neue Ideen und Impulse. © Kreis Recklinghausen

Die Lösungswege

In mehreren Workshops haben Expertinnen und Experten, Bürgerinnen und Bürger diskutiert, was bis 2030 getan werden muss, um folgende Ziele zu erreichen.

Bildung: Kein Kind zurücklassen! Wir brauchen einen Ausbau der frühen Bildung mit intensiver Sprachförderung und Elternarbeit. Dann kann es gelingen, dass 2030 diese Kinder den Übergang von der Schule in den Beruf wesentlich besser schaffen als dies heute der Fall ist.

Pflege: Niemand soll 2030 mehr Angst vor dem Pflegeheim haben. Jetzt müssen Maßnahmen für quartiersnahe Pflegekonzepte entwickelt werden. Und jetzt müssen die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert werden. Dann tritt der Pflegenotstand erst gar nicht ein.

Wirtschaft: Auch durch Bergbau geprägte Regionen können die Digitalisierung als Chance für eine bessere Zukunft nutzen. Wir brauchen neue Formen regionaler Zusammenarbeit, ein auf die digitale Zukunft zugeschnittenes regionales Kompetenzmanagement, einen regionalen Mentalitätswandel.

Die Herausforderungen

Über 100 Jahre gab der Bergbau den Menschen im Kreis Recklinghausen Arbeit und soziale Sicherheit. Im Dezember 2015 ist im Kreis Recklinghausen das letzte Steinkohlebergwerk geschlossen worden. Die Region muss neue Wege finden. Drei zentrale Herausforderungen bilden den Kern des Projektes Zukunftsstadt:

Bildung: Früher reichte es, als angelernter Arbeiter „in die Fabrik“ zu gehen. Heute werden Facharbeiter und Akademiker benötigt. Hier hat die Region Nachholbedarf – gerade an Arbeitsplätzen für Frauen.

Pflege: Die Menschen im Kreis werden zum Glück immer älter. Damit steigt der Pflegebedarf. Die Prognosen sprechen vom künftigen Pflegenotstand.

Wirtschaft: Was kommt nach dem Bergbau? Niemand weiß genau, welche Folgen die Mega-Trends „Digitalisierung“ und „Industrie 4.0“ für die regionale Wirtschaft haben. Die Region darf nicht noch weiter abgehängt werden.



Bürgerworkshop zum Thema „Beste Bildung für alle“ im Bürgerhaus Herten. Die Ideen werden mit Grafik Recording festgehalten. © Kreis Recklinghausen



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

